

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags (Sabbat) 1923

3. Jahrgang.

Dienstag, 6. November 1923.

Nr. 259.

Der unverstandene Mann.

Wenn Herr Dr. Kramar eine seiner vielen Reden hält, so strömt das Volk zu Haus herbei. So erzählen wenigstens seine Leibblätter. Schon eine Stunde vorher füllen die Leute den Saal und lauschen ergriffen der Rede, die von seinen Lippen fließt; regelmäßig finden Hunderte keinen Platz mehr, doch, obwohl sie nicht hören, warten sie draußen bis zum Schluß der Versammlung. Drinnen tobt und rast in dessen die Begeisterung. In einem merkwürdigen Gegenjag zu diesen Schilderungen der Journalisten, die wissen, was sie ihrem Herrn schuldig sind, stehen leider — leider: für Herrn Dr. Kramar — alle Wahlergebnisse. Er und seine nationaldemokratischen Gesinnungsgenossen lassen es gewiß nicht daran fehlen, den Nationalismus auszuheulen, dennoch werden die Reihen seiner Partei immer schütterer. Er und die Seinen haben zur Auffüllung der Reihen ihrer Wähler gelbe „Arbeiter“-Organisationen gegründet und den tschechischen Sozialismus in ihre Dienste genommen. Aber auch das will nicht helfen. Herr Dr. Kramar ist darob verzweifelt, er sieht sich verlassen, verraten, verkannt. Aber noch aus anderen Gründen nagt der Wurm an seinem Herzen. Im Kriege hat es die verbrecherische Dummheit des österreichischen Militarismus gemocht, daß Kramar — ja! Kramar! — wegen „Hochverrats“ unter Anklage gestellt und von einem, zu allem nur nicht zur Vernunft fähigen Kriegsgericht zum Tode verurteilt wurde; seither fühlt er sich als Märtyrer und Held, der berufen wäre, an der höchsten Stelle des Staates sitzend, von der Nation vergöttert zu werden. Schmerzlicherweise hat die Nation anders verfügt und will Dr. Kramar nicht einmal zum Ministerpräsidenten erklären, obwohl er keine Gelegenheit vorübergehen läßt, in edler Selbstbeiseidenheit an sich zu erinnern und seine Verdienste hervorzuheben. So sieht er sich zurückgekehrt, verkannt, — mit einem Wort: er ist ein „unverstandener Mann“, dessen Los Steine vor Mitleid zum Erweichen bringen könnte.

Vor einigen Tagen ging er wieder einmal hin, um in einer Versammlung auf der slowakischen Insel, der ehemaligen Sophieninsel, sein Herz auszuschütten und Abrechnung mit seinen, ach, so zahlreichen Feinden zu halten. Er schweige sonst immer zu allen Angriffen, aber nun könne er dies nicht weiter, es würde sonst als Schwäche oder schlechtes Gewissen ausgelegt werden. Und er klagte darüber, daß die Nationaldemokraten von der Feier des 28. Oktober ausgeschlossen wurden, und daß sich auf dem Legionärkongreß sogar manche Leute fürchteten, sich zur nationaldemokratischen Partei zu bekennen. Warum wohl? „Wir sind angeblich Kapitalisten.“ Aber das will Dr. Kramar nicht gelten lassen und er läßt seinen Blick in der Runde schweifen, worauf er den Zuhörern versichert, daß sie „nicht gerade kapitalistisch“ aussehen. Es kann schon sein, daß in der Versammlung, die von der tschechischen Garde der Nationaldemokraten angefüllt war, nicht gerade lauter „Kapitalisten“ anwesend waren, aber darauf kommt es wahrhaftig nicht an, sondern auf den Geist, der eine Partei erfüllt. Und daß der Geist der nationaldemokratischen Partei durchaus kapitalistisch ist, kann nicht einmal durch das auf den Wählerfang der mittleren Bevölkerungsschichten berechnete nationaldemokratische „Programm“ widerlegt werden. Wenn Herr Dr. Kramar so schwer zu erraten scheint, warum die Schar seiner Anhänger immer kleiner wird, so weiß jeder andere, daß es gerade die Pflege dieses Geistes durch ihn und seine Partei ist, welche den Nationaldemokraten ihre Wahlschlappen zufügt. Auf der ganzen Welt, so versicherte er, finde man nicht ein so „sozial empfindendes“ Bürgertum, wie es das tschechische sei und gerade er habe in die Politik das „sozialpolitische Element“ hineingetragen“. Dieses „sozialpolitische Element“ zeigte sich insbesondere deutlich beim „Bankbeamtenstreik“, bei dem die mit

Treue zur deutschen Arbeiterschaft.

Eine Rede des Abgeordneten Genossen Dr. Czoch.

In der getrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt Genosse Dr. Czoch ausführlich der außenpolitischen Aussprache eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Gegenüber den Vorgängen in Deutschland treten alle anderen außenpolitischen Ereignisse weit in den Hintergrund. Deutschland ist heute der Brennpunkt des Weltgeschehens, es ist der Mittelpunkt der Weltpolitik.

Deutschlands Schicksal ist das Schicksal Europas.

Es ist auch das Schicksal der Demokratie und des Sozialismus und darum wollen wir uns in dieser Stunde, in der sich Deutschlands Schicksal und damit das Schicksal der ganzen Welt entscheidet, ausschließlich diesem Problem zuwenden. Ich möchte mit der Feststellung beginnen, daß das Exposé des Außenministers gerade in diesem Punkte von seinen früheren Darlegungen wohlwollend abhebt und dabei einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. In klarer Weise beantwortet es die Frage, die auf unser aller Lippen schwebt, wie sich denn die Tschechoslowakei im entscheidenden Augenblicke zu Deutschland stellen wird. Für uns war es sofort klar, daß der Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet nicht etwa ein harmloser Zwischenfall sei, sondern ein Ereignis von ungeheurer Tragweite und unendlichen Folgen, und zwar nicht bloß für Frankreich und Deutschland, sondern für die ganze zivilisierte Welt. Schon die bloße Tatsache eines

beabsichtigten Ueberfalls auf ein wehrloses Volk mußte ohne Rücksicht darauf, ob dieser Ueberfall rechtlich begründet ist oder nicht, vom rein moralischen Standpunkt die schwersten Konsequenzen zeitigen.

Dr. Czoch bezweifelt die Rechtsgültigkeit des Friedensvertrages, da Amerika ihn nicht ratifiziert hat. Es hat auch die Reparationskommission war von der ersten Stunde an ein Kumpflöcher. Es fehle ihr jede rechtliche Grundlage. Der französische Schritt war aber auch aus einem anderen Grunde juristisch unhaltbar. Nach dem Inhalt des Versailler Vertrages ist für die aus dem Vertrag stichenden Maßnahmen Einmütigkeit und ein gemeinsamer Schritt für sämtliche Signatarmächte die Grundbedingung. Selbstän-

dem deutschen Bankkapital vereinigte tschechische Kapitalistenklasse ihr „sozialistisches Empfinden“ in eindringlicher Weise offenbart! Herr Dr. Kramar ist auch unzufrieden, weil weite Schichten der Beamenschaft nicht mehr bei seiner Partei Statistendienste leisten wollen, und so sucht er die von ihm geführte Partei dadurch in Schutz zu nehmen, daß er die Frage aufwirft, wer schuld daran sei, daß den Beamten nicht mehr so viel Gehalt gezahlt werden könne, als sie verdienen würden. Er erklärt diejenigen als schuldig, welche in die Aemter jüdische Angestellte hineingebracht haben, daß die „braven und guten Beamten“ nicht mehr entsprechend honoriert werden können. Dadurch sucht er die Staatsangestellten gegeneinander auszuspielen. Aber die Tatsache ist zu offenkundig, daß in den Aemtern nicht so sehr eine Ueberzahl an wirklichen Arbeitern, als gut honorierten und wenig beschäftigten hohen Beamten vorhanden ist. Der Sektionschef und sonstigen hohen Ministerial- und Verwaltungsbeamten gibt es tatsächlich weit mehr, als früher in dem weit größeren Oesterreich vorhanden waren! Das will Herr Dr. Kramar natürlich nicht sehen und er hat, obwohl er Vorsitzender der vom Parlament eingesetzten Ersparungskommission war, nicht einen Finger gerührt, um diese Zustände zu ändern.

Besonders unzufrieden aber ist Dr. Kramar mit der tschechischen Sozialdemokratie, von der der Präsident Masaryk in seiner letzten Botschaft erklärte, daß sie „richtig vorgehe“. Als ob schon jemand von Herrn Dr. Kramar ein Bekenntnis zum Sozialismus verlangt hätte! Mit sichtbarer Spitze bezeichnet er jene

dige Schritte einer Vengelmacht sind dabei rechtswidrig.

Als Rumänien im Jahre 1919 in Ungarn einmarschierte, um sich dort Reparationen einzuholen, stieß es auf den heftigsten Widerstand Clemenceaus, welcher diesen Schritt auf das Entschiedenste verurteilte und seine Rückgängigmachung verlangte. Damals schrieb Clemenceau in einer Note an Rumänien, es sei ganz unmöglich, die Gesamtsumme der Reparationen in miteinander konkurrierenden Aktionen aufzulösen. Kurz darauf überbot Frankreich den rumänischen Schritt, indem es hundertfältig den Rechtsbruch vollzog und sich über alle rechtlichen und moralischen Bedenken struppellos hinwegsetzte. Alle diese Tatsachen kennt der Außenminister besser als wir alle hier. Doch haben wir bisher ähnliche Feststellungen aus seinem Munde stets vermieden. Wenn wir die Erinnerung an diese Tatsachen wieder auffrischen, so nur deshalb, um der tschechischen Öffentlichkeit die wahre Sach- und Rechtslage vor Augen zu führen, um mit den in der tschechischen Presse seit Jahr und Tag verbreiteten

Märchen vom mangelnden Zahlungswilligen Deutschlands

aufzuräumen und das falsche Bild zu beseitigen, das man gegen besseres Wissen von der angeblich nationalistischen Einstellung der deutschen Arbeiterschaft entworfen hat, die sich vom ersten Augenblick auf den Boden der Erfüllungspolitik stellte. Gewandt geht kommt ein Artikel zuricht, den Kramar dieser Tage in der „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht hat und worin er sagt: „Es ist schändlich, daß gewisse Zeitungen von Beschuldigungen erfüllt sind, daß Deutschland fast nichts gezahlt habe, daß es sich seinen Verpflichtungen entzogen, daß es durch Kniffe und Schliche seine Gläubiger betrogen hat. Diese Behauptungen und Berichte sind unwahr.“ Kramar berechnet die finanziellen Kosten Deutschlands aus Anlaß der Erfüllung des Versailler Vertrages für die Zeit vom Waffenstillstand bis zur Ruhrbesetzung und beziffert sie mit einer Milliarde Pfund Sterling. Zahl man die Beträge dazu, die Deutschland aufbringen mußte, um die Privatschulden zu zahlen, so erreicht diese Ziffer nach Keynes 1,3 Milliarden Pfund Sterling. Nach den weiteren Berechnungen Keynes stellt sich die bisherige Leistung Deutschlands per Kopf auf mehr als das Doppelte jener Pa-

Leute als „naiv“, welche im Sozialismus ein Ideal des Fortschritts erblicken. Das sei falsch, denn der Sozialismus folge nur seiner Klasse und seiner Klassenmoral, und dieses Klasseninteresse schädige das Interesse der Nation, weshalb es nötig sei, die Harmonie der Nationalinteressen zu suchen. Das sagt ausgerechnet Herr Dr. Kramar, der wie alle seine Klassenossen nichts anderes sieht und für nichts anderes kämpft, als für die Interessen seiner Klasse, der Klasse der Kapitalisten!

Auch sonst räsonierte Herr Dr. Kramar noch viel und ausgiebig und es fehlte auch nicht an manchem Seitenhieb nach jener Stelle, der er am wenigsten wohlwill. Doch was nützt das alles, er wird doch immer „unverstandener“. Nicht einmal in seiner eigenen Partei will man ihn mehr „verstehen“ und immer deutlicher zeigt es sich, daß in ihr zwei Gruppen sich entgegenstehen. Und jetzt enthält auch noch das „Pravo Lidu“, wie in Wirklichkeit das Selbentum des Herrn Dr. Kramar zur Zeit seiner Beurteilung beklaffen war. Er weigerte sich, trotz Aufforderung, zu Kriegsbeginn ins Ausland zu gehen und dort an der Organisierung der Auslandsrevolution teilzunehmen. Nach seiner Beurteilung ließ er durch Stürgkh ein Gnadengesuch dem Kaiser überreichen und er war der einzige unter den Verteilten, der, nach dem Tode Franz Josefs, sich als Gastling in die Kirche führen ließ, um dort für dessen Seelenheil zu beten. Den von der tschechischen Nation verherrlichten französischen Geschichtsprofessor Denis, der die tschechische Auslandsrevolution propagandistisch unterstützte, erklärte er von der „Kriegspsychose“ ergriff, mit dem er nichts zu tun

haben, die Frankreich durch die Zahlungen nach dem deutsch-französischen Krieg auferteilt wurden. Das ist erst der Anfang der Zahlungen Deutschlands!

Es ist wahr, Deutschland war im Zeitpunkt der Ruhrbesetzung mit gewissen Sachleistungen im Rückstand von minimaler Bedeutung. Bei der Kohle waren es 2,1 Millionen Tonnen, beim Holz 20.000 Kubikmeter, bei Telegraphenstangen 35.000 Kubikmeter. Welch eine geringfügigkeit gegenüber den grausamen Konsequenzen, die Frankreich an den Besetzungszwang knüpfte, Welch ein

Verhältnis zu den drakonischen Maßnahmen, die Frankreich über Deutschland verhängt!

Dazu kommt, daß Frankreich zu den verhängten Strafmaßnahmen überhaupt nicht berechtigt gewesen ist. Darüber setzte man sich in Frankreich einfach hinweg und vollzog die militärische Invasion, die in der ganzen zivilisierten Welt die schärfste Ablehnung fand und zu einem vernichtenden Urteile der Welt über Frankreich führte. Ein französischer aktiver General Serrail hat gesagt, daß man, um die Einhaltung der Verträge zu erreichen, nicht zu den Waffen zu greifen und Pfänder auf Pfänder zu häufen brauche. Treffend war auch das Wort eines aktiven englischen Staatsmannes, der sagte, mit den Reparationen stehe es so weit, wie mit dem Huhn, das goldene Eier legt. Die Franzosen wollen das Huhn entleeren und ihm aber auch den Hols undrehen, wie aber wollen das Huhn aufzähren, damit es später goldene Eier legt. Diesem Urteile aus offiziellen Kreisen konnten viele hundert andere Urteile angegereiht werden.

Deutschland konnte der demagogischen Invasion nicht bewaffneten Widerstand, es konnte der nackten Gewalt nicht Gewalt entgegensetzen. Es mußte, um den schwersten innerpolitischen Konsequenzen zu begegnen, zu Abwehrrmaßnahmen geschritten werden und diesbezüglich gab es nur eine einzige Möglichkeit, es war der passive Widerstand, zu dem man sich nicht leichten Herzens entschloß, da ja auch dieses Kampfmittel dem deutschen Volke und vor allem dem Deutschen Reiche die schwersten Opfer auferlegte. Aber von der ersten Stunde an wußte jedermann, daß dem passiven Widerstand nur dann ein Erfolg beschieden sein könne, wenn dieser Schritt durch eine äußere Einwirkung unterstützt würde. Der Schlüssel zu dieser Situation lag bei England und bei Amerika. Wiederholt gab es im englischen Parlament Ausreden über die Ruhrfrage. Wohl haben englische Staatsmänner wiederholt einen Anlauf genommen, um die Ruhrfrage auch

haben wolle. Herr Dr. Kramar wird immer „unverstandener“.

Auch seine letzte Rede hat im Lager der Koalitionsparteien Unfrieden erregt. Das brauchte uns nicht weiter zu kümmern, aber Dr. Kramar ist heute nicht nur Führer und Sprecher der tschechischen Kapitalisten, sondern der Kapitalisten im Staate überhaupt, auch der deutschen, deren Klasseninteresse er vertritt, wie ebendem die Vorläufer dieses deutschen Bürgertums zugleich auch die Interessen ihrer tschechischen Klassenossen wahrten. Damals konnten diese die Demokraten und „sozial tief Empfindenden“ spielen, ein billiger Ruhm, von dem Dr. Kramar noch heute zehren möchte. Die Dinge haben sich gewandelt, die Rollen wurden vertauscht; heute muß Dr. Kramar, auch wenn er sich noch immer „sozial“ aufzuschminken sucht, sich doch in seiner wahren Gestalt zeigen: als Anwalt des gierigen Kapitalismus. Hier liegt das Geheimnis, warum ihn die Massen des tschechischen Volkes immer weniger „verstehen“. Dieses „Nichtverstehen“ ist ein erfreuliches Zeichen der im tschechischen Volke wirkenden demokratischen und sozialen Kräfte. Der politische Umsturz ermöglicht es jetzt den deutschen Besitzvertretern, oft genug ihre wahren Bestrebungen hinter dem Schleier der nationalen Machtverhältnisse zu verbergen. Es sei unsere wichtigste Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die deutsche Arbeiterschaft die sich ihnen in mannigfachen Verkleidungen nähernden Anwälte des Kapitalismus um so deutlicher „erkenne“ und „verstehen“, je mehr sie im tschechischen Volke zu „unverstandenen Männern“ werden!

gegen den französischen Einspruch zum Austrage zu bringen.

Zimmer aber blieb England auf halbem Wege stehen

und zog sich aus Angst vor den französischen In- teringen im Orient, in Ägypten und Indien ist der letzten Minute zurück. Dies, obwohl die Folgen der Ruhrkrise sich bereits in verhängnisvoller Weise in England geltend zu machen be- gannen. Denn zu jener Zeit hatte man schon in England eineinhalb Millionen Arbeitsloser zu verzeichnen. Aber auch von Amerika war keine Hilfe zu erwarten. Amerika hat sich im Kriege ungeheuer bereichert, sich gegen Europa vollstän- dig abgeschlossen und jedes Eingreifen in den europäischen Konflikt mit Unentschiedenheit abge- lehnt. Nun, da von Amerika und England nichts zu erwarten war, mußte — ich zitiere ein schö- nes Wort, das in einem sozialistischen Blatt ausgesprochen wurde —

im Kampfe zwischen den Bajonetten Frankreichs und den gekrennten Armen Deutschlands die Gewalt triumphieren.

Poincare will die Hegemonie in Europa, die Zerschlagung und Vernichtung des Deutschen Reiches, die Eingliederung des Ruhrgebietes an Frank- reich, die Beherrschung des größten mitteleuropä- ischen Eisen- und Kohlenzentrums, kurz, er will die Beherrschung der ganzen Welt.

So hat es jüngst in einer Straßburger Rede General Haeglin ausgesprochen, der dort von einem großen Frankreich träumte, vom Ärmel- kanal bis zum Äquator mit 200 Millionen Menschen an Bevölkerung.

Was Frankreich unternimmt, das ist die Fortführung der imperialistischen Bestrebungen, die schon in die Zeit der Kreuzzüge fallen, die in der Zeit der großen Re- volution, in der napoleonischen Ära, ihre Fort- setzung und in dem Ruhrkampf ihre Erfüllung finden. Seit vielen Jahren denken wir zwischen Deutschland und Frankreich der Kampf um die Beherrschung des Rheingebietes hin und her.

Der Minister Beneš pflegt, so oft ihm die französische Orientierung der Außenpolitik dieses Landes vorgehalten wird, immer zu sagen, seine Politik sei nicht einseitig, sie sei tschechoslowa- kisch. Aber ein flüchtiger Blick auf die zur liegenden fünf Jahre zeigt uns gerade das Gegenteil. Von der Gebirgsstaates dieses Staates, an dessen Wege französische Diplomaten und französische Generale gehandelt sind, steht die

tschechoslowakische Politik vollständig im Sinne Frankreichs.

Die höchsten militärischen Stellen der Armee sind mit französischen Generalen besetzt. Der einzige Staat der Ententegruppe, mit dem wegen einer Konvention verhandelt wurde, mit dem eine Konvention leicht schon abgeschlossen wurde, oder demnächst abgeschlossen werden wird, ist Frankreich, gerade Frankreich. Wir haben kürz- lich einen Handelsvertrag mit Frankreich abge- schlossen, der mitten im schwersten Notstand unserer eigenen Volkswirtschaft, unsere Interessen der französischen Industrie geradezu anliefern.

Die eigene Industrie, vor allem die Textil- industrie, wird auf das schwerste benachteiligt und die Arbeiterschaft, die zu Hunderttausenden arbeitslos ist, aufgeopfert.

Man braucht nur den Besuch des Präsiden- ten Masaryk in seiner ganzen Aufmachung und in allen Einzelheiten zu verfolgen und diesen Besuch mit dem Besuch in Brüssel und London zu ver- gleichen, um sehen zu können, wieviel es geschla- gen hat. Allerdings verbandt der tschechische Staat seine Entstehung Frankreich. Er verbandt, seine Entstehung nicht etwa dem von Wilson proklamirten Grundlag der Befreiung der Nationen, sondern

den strategischen Erwägungen Frankreichs.

Dies ist natürlich auch für die Konstruktion des tschechischen Staates mangelnd gewesen. Ent- scheidend war, den Staat in ständiger Abhängig- keit von seinem imperialistischen Schöpfer zu halten, und hier war es der Imperialismus der tschechischen Herrscherklasse, der die Ausbeutung der tschechischen Arbeiterschaft nicht genügt, für Frankreich wieder einmal ein Mittel zum Zweck. Denn der tschechische Staat war erst recht dem französischen Imperialismus, der ihn unter seine Fittiche genommen hatte, auf Gnade und Un- gnade ausgeliefert. Nur so erklärt sich das Festhalten an Verträgen, zu denen das tschechische Volk wie zu einem Knechtenskind aufsaugt, nur so erklärt es sich, daß die Friedensverträge für die Machtklasse des tschechischen Volkes förmlich eine Magna Charta dieses Staates geworden sind.

Darum vermögen wir den Pariser Worten des Präsidenten Masaryk nicht zuzustimmen,

der da sagte, daß die Friede verträge gerecht sind und eingehalten werden müssen. Die Friedens- verträge mögen so manches Unrecht gut- gemacht haben, aber es geschah nichts, ohne daß gleichzeitig neues Unrecht geschaffen worden ist. Neue Staatsengebilde wurden geschaffen, um Völker zu befreien. Aber diese Staatsengebilde haben sich wieder andere Völk. ... erworfen. Neben den befreiten Triest und Trient stehen Polen und Bo- zen. Unter dem Nachgehör der befreiten Polen stehen drei Millionen Ruthenen, zehn Millionen Weißrussen, zwei Millionen Litauer und drei Mil- lionen Deutsche. Im tschechoslowakischen Staat neben den befreiten Tschechen und Slowaken drei- einhalb Millionen Deutsche und rund ebensoviel Magyaren, Ruthenen und Polen und wie sie alle

bleiben. Jedoch, die Friedensverträge haben so manches gutgemacht, haben beispielsweise für einen weitgehenden Arbeiterschutz und für die Re- gelung der Arbeitszeit Vorsorge getroffen, haben aber gleichzeitig Millionen und Millionen von ar- beitenden Men- schen die schwersten Lasten aufgebür- det, so daß sie unter diesen Lasten zusammen- brechen. Was hat der Pariser Friedensvertrag gebracht? Nichts als schwerstes Leid und Unge- mach, er birgt den Keim schwerster kriegerischer Verwicklungen in sich und nichts als Haß. Er ist daher nicht, wie Minister Beneš sagte, „besser als ein Kriegszustand“, und es ist nicht richtig, daß der Friedensvertrag darum verteidigt werden müsse. Gegen diese Auffassung des Herrn Mini- sters wenden wir uns mit aller Entschiedenheit, ebenso gegen jene seiner Worte, daß der Geist, der heute Frankreich befeuert, als „Geist der De- mokratie“ zu bezeichnen ist, während er in Wirk- lichkeit der Geist des Militarismus und des Im- perialismus ist, der

die Stelle des preukischen Militarismus ersetzen will.

Treffend schrieb einmal das sozialdemokra- tische „Pravo lidu“, daß das offizielle Frankreich, das Marat kritisierte, kulturell von Frankreich meilenweit entfernt liege. Die rühmlichen Ueber- lieferungen der französischen Politik werden ver- lungen. Alle Lehren aus dem Weltkrieg sind vergessen, alle moralischen Rücksichten sind bei- seite gestellt.

Nun zum entscheidenden Punkte der Aus- führung des Herrn Außenministers. Der Herr Außenminister hat in seinem Exposé erklärt, daß die Tschechoslowakei, was immer von rechts oder links kommen möge, sich

nicht einzumischen gedente und neutral bleiben werde.

Soweit ist alles in Ordnung. Aber hoffent- lich hat der Herr Außenminister die Kraft, die- sen seinen Entschluß gegen jene Elemente zu ver- teidigen, die in vollständiger Verkennung des wahren Interesses des tschechischen Staates seit Jahr und Tag gegen Deutschland hegen und den Zusammenbruch dieses einst so mächtigen Reiches kaum erwarten können. Leider geht der Herr Außenminister jedem Urteil über die Rechtslage geflüstert aus dem Wege. Ich verstehe schon, daß die Tschechoslowakei sich als kleiner Staat nach dieser Richtung nicht allzuweit vorwagen kann. Aber die Tschechoslowakei würde, läte sie es, hier- in absolut nicht isoliert bleiben. In England gibt es in der Beurteilung der Ruhrkrise nur eine ein- zige Meinung, nicht etwa bloß auf sozialistischer Seite, sondern im ganzen Volke und in der Re- gierung gleichfalls. Erst kürzlich nannte Curzon das Ruhrabenteuer im englischen Parlament eine ruhmreiche Katastrophe. In den letzten Tagen er- ging eine scharfe Protestnote an Frankreich und Belgien, worin gegen die auf das Zerfallende Deutschlands abzielenden, von Frankreich geför- derte Aktionen, auf das Entschiedenste protestiert wird. In Belgien, in Italien beginnen sich die Geister zu regen. Nur in der Tschechoslowakei hat man in dieser Frage keine Meinung, hier wagt man sich mit ihr nicht an die Oberfläche,

kein Wort der Ablehnung, der offenkundigen Anneziationsabsichten und Anneziationspolitik Frankreichs.

kein Wort gegen die von Frankreich favorisierten, übrigens in seiner gestrigen Rede von Poincare offen zugestandenem Lasttrennungsbefreiungen der Separatisten! Dabei werden wir, die Tsche- choslowakei als der unmittelbare Nachbar, als der hauptsächlichste Lieferant, als der hauptsächlichste Warenabnehmer Deutschlands von dem Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens, von der Zerstückung Deutschlands unmit- telbar und am härtesten getroffen. Jedermann weiß es heute, daß die sogenannte wirtschaft- liche Ruhrkonjunktur, die wir in der letzten Zeit zu verzeichnen hatten, nichts als eine vorübergehende Erscheinung ist, und daß eine dauernde Gesundung des Wirt- schaftslbens in unserem Staate nur aus der eigenen Konsolidierung, aber auch aus der wirtschaftlichen Konsolidierung der Nach- barchstaaten zu holen ist. Denn das große Wirtschaftsgebiet in Mitteleuropa ist nichts als ein kommunistisches Gefäß, wie immer gefüllt wurde, in welchem sich Strömungen des einen Teiles naturgemäß sofort auf die anderen Teile über- tragen. Wir brauchen also zur Regenerie- rung unseres Wirtschaftslebens

ein gesundes Europa und vor allem ein gesundes Deutschland.

Aus all diesen Gründen verlangen wir eine klare Zielsetzungnahme der Regierung zu den Er- eignissen, die sich in Deutschland vorbereiten und sagen, daß ein Stillschweigen geradezu schädlich ist. Während der Herr Außenminister nach Deutschland hin leider nicht ein einziges warmes Wort gefunden hat, hat die Tschechoslowakei just in der Schicksalsstunde Deutschland und Euro- pas den

Besuch des Herrn Präsidenten in Paris

veranstaltet, der durch die Ueberreibungen der ... öffentlichen Meinung zu einem wahren Symptom auf den französischen Imp- erialismus geworden ist und natur- gemäß in Deutschland und in den nichtfranzösi- schen orientierten Kreisen das größte Befremden erregen mußte. In der ganzen Aufmerksamkeit hatte der Paris Besuch des Herrn Präsidenten keine Spur von Neutralität, von der in der Rede des Herrn Außenministers gesprochen wird und auch Millionen und Abermillionen von Menschen in der schweren Stunde, die wir jetzt mitzumachen haben, so sehr gebannt haben.

Hoffentlich entschließt sich Dr. Beneš zu einer aktiveren Politik, durch die allein der ge- marterten Welt der langersehnte Frieden ge- bracht werden kann. Er muß die freundschaftliche Stellung zu Frankreich benutzen, um im verhöf- lichen Sinne auf die französische Politik einzu- wirken. Doch auch das

Proletariat aller Länder

darf nicht müßig sein. Ganz beson- ders gilt das von dem Proletariat der Ententeländer, der Siegerländer, zu denen sich auch die Tschechoslowakei zählt. Wir müssen die schnellste Wiederherstellung des öf- fentlichen und wirtschaftlichen Lebens, die Wieder- herstellung der deutschen Verwaltung im Ruhr- gebiet verlangen. Wir müssen die Freigabe der Gefangenen, die Heimkehr der ausgewiesenen Be- amten, die Wiedereinführung der entlassenen Be- amten, endlich die Wiederherstellung des Verkeh- res und der Verbindung zwischen Ost- und West- deutschland fordern. Wir müssen gegen die offene oder verschleierte Anne- zionspolitik Frankreichs Pro- test erheben und die sofortige Einberu- fung einer interalliierten Kon- ferenz verlangen, die sich einestheils mit der interalliierten Schuld und andernteils mit der Reparationsfrage zu beschäftigen hat. Das sind die Forderungen, die in der jüngst stattgefundenen Konferenz der Labour Party und des Amsterda- mer Gewerkschaftsbundes aufgestellt worden sind und die wir uns zu eigen machen. Für diese

Fortsetzung der außenpolitischen Aussprache in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Prag, 5. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über das Exposé des Außenministers weiter abge- wickelt, in der auf der Kontrasteite ausschließlich deutsche Redner zu Worte gelangten.

Als erster Redner

ergriff das Wort W. Felersek (d. Christl. Soz.). Er sagt, daß die Aeußerung des Ministers Dr. Beneš, das Problem Deutschlands sei heute das Problem der Weltpolitik, richtig ist. Unrichtig aber ist, was Dr. Beneš hinzugefügt hat, daß der Zusammenbruch Deutschlands ein unerwar- tetes Ausmaß erreicht hat. Ganz im Gegenteil. Man kann heute Urteile anführen von Männern, welche internationale Bedeutung haben und die feststellen, daß das Ausmaß des Zusammen- bruches Deutschlands nicht unerwartet ist, sondern die notwendige logische Folge der ungeheueren Friedensbe- dingungen einerseits und der Brutalität Frankreichs gegenüber Deutschland seit Beendi- gung des Krieges andererseits. Auch die Behaup- tung des Dr. Beneš ist unrichtig, daß die Tschechoslowakei Deutschland gegenüber Neutra- lität bewahre, denn diese Aeußerung wäre nur dann richtig, wenn auch gegenüber Frank- reich dieselbe Neutralität beobachtet werden würde. Es wäre gut gewesen, wenn die Außenpolitik dieses Staates nicht ausschließlich in französisch-freundlichem und deutsch-feindlichem Sinne eingestellt worden wäre. Nachdem das aber nicht der Fall ist, so ist es auf der Hand liegend, daß wir der Außenpolitik dieses Staates unsere Zustimmung nicht geben können. An- knüpfend an die Botschaft des Präsidenten zum 28. Oktober schließt Redner seine Aeußerungen mit den Worten: Heil den Worten des Präsi- denten: „Ohne Autonomie keine Dem- kratie“, heil den Worten des Ministers Udrzal über die Selbstbestimmung, aber an- gewendet ohne Unterschied auf alle und auch auf uns.

Ein tschechischer Sozialdemokrat: „Der deutschen Demokratie muß die Hand gereicht werden!“

Dr. Winter (tschech. Soz.-Dem.) erklärt, daß seine Partei bisher die Außenpolitik der Regie- rung unterstützte und dies, soweit sie sich auf der gegenwärtigen Linie bewegen werde, auch weiter- hin tun werde. Als Ursache dessen bezeichnet Redner nicht etwa den Umstand, daß der Außen- minister Beneš den sozialistischen Parteien nahestehe, sondern die „Tatsache“, daß unsere Außenpolitik mit der Außenpolitik des Sozialis- mus überhaupt parallel laufe. Zum Repara- tionsproblem sagt Winter, daß die tschechische Sozialdemokratie die französische Politik, beson- ders im letzten Jahre, gegenüber dem deutschen Problem nie für richtig gehalten habe, im Ge- genteil, sie halte dafür, daß Frankreich einen großen Fehler beging, als es der deutschen De- mokratie, die der Hilfe dringend benötigte, nicht die Hand reichte.

Knirsch verteidigt Hortth!

Der nächste Redner, der Nationalsozialist Knirsch, konnte es sich nicht verlagern, an die Spitze seiner Ausführungen eine Sympathie- versicherung für Hortth zu stellen. Er setzte näm- lich dem Außenminister die Worte, die dieser über die Wertung der Opposition in Ungarn gesagt hatte, aus. Es schmerzte ihn besonders der Um- stand, daß der Außenminister verlangte, daß die ungarische Opposition zur Geltung komme. Der übrige Teil seiner Rede richtete sich gegen „ver- söhnliche Worte“. Knirsch hat offenbar mit der Katastrophopolitik noch immer nicht genug.

Sodann besichtigt die Rednertribüne der Spre- cher unserer Partei, Genosse Dr. Gsch

Ein Tscheche, der genaue Auskunft über die Konvention mit Frankreich verlangt.

Miloch (tschech. Gewerdepartei) sagt, das Exposé des Ministers Beneš unklar gewe-

Fororderungen zu wirken und die eigene Regie- rung zu gewinnen, für sie alle im Volke wir- kenden Kräfte mobil zu machen, ist die Aufgabe des Proletariats eines jeden Landes. Mag auch das Proletariat der ganzen Welt durch Rich- tungskämpfe gespalten und zerrüttet, durch bit- terste Not zermürbt, in seiner Schlagkraft gestört sein, in dem einen Punkte ist das Proletariat aller Länder einig, daß

der deutschen Arbeiterklasse geholfen werden muß

und daß die Initiative in dieser Richtung vom Proletariat ausgehen muß. Denn der Kapitalismus, der die Welt in Krisen, Konflikte und Katastrophen geführt hat, hat nicht den Willen, die Welt aus diesen Krisen und Katastrophen zu befreien. Gerade in diesem Augenblicke ist der Kapitalismus wieder einmal daran, einen neuen Weltbrand anzuzünden und tausendfältiges Elend über die gemarterte Welt und das Proletariat heraufzubeschwören.

Wir, die wir die Vorgänge jenseits der Grenzfähle mit atemloser Spannung verfolgen, wir sehen mit unserem Herzen zu den deutschen Arbeitern! In dieser schweren Stunde soll die deutsche Arbeiterklasse nicht verlassen sein, sondern das ganze interna- tionale Proletariat an seiner Seite haben! Darum sagen wir: Mag in Deutschland kommen, was will, wir stehen zur deutschen Arbeiterklasse in unverbrüchlicher Treue. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Gewerdepartei für vollste Selbstverwaltung.

Stenzl (d. Gewerdepartei) erklärt namens seiner Partei, daß er sich der seimezeitigen staats- rechtlichen Erklärung aller deutschen Parteien an- schließe und daß seine Partei im Sinne der Richtlinien der Deutschen Arbeitsgemeinschaft und in deren Rahmen alles daran setzen wird, um dem subtendeutschen Volke den Weg zur vollsten Selbstverwaltung und damit zur Gleichheit und Gerechtigkeit zu ebnen.

Gegen den tschechischen Zentralismus.

Juriga (slow. Volkspartei) verliest eine Er- klärung, in der er gegen die weitverbreitete Be- hauptung, daß es in der tschechoslowakischen Re- publik eine slowakische Nation mit eigener Sprache nicht gebe und daß die Tschechoslowakei von einer einzigen tschechischen Nation gebildet werde, Verwahrung einlegt. Die slowakische Na- tion geht in den Kampf um die Autonomie auf Leben und Tod, die slowakischen volks- parteiischen Abgeordneten anerkennen die heutige Regierung nicht und fordern die Ausschreibung der Neuwahlen. Wegen eines Auspruchs über die Demagogie der Regierungsparteien gerät er mit dem tschechischen Sozialdemokraten Derez in einen Streit, auf dessen Bemerkung „Latho- lischer Puff“ Juriga mit den Worten „frecher Lutheraner“ antwortet, wofür er vom Vizepräsidenten Struban einen Ord- nungsruf erhält, der Lärm bei der slowa- kischen Volkspartei hervorruft.

Am Schluß seiner Rede erklärt Juriga, daß das slowakische Volk weiter entschlossen sei, gegen den tschechischen Zentralismus anzukämpfen.

Lodgman lobt Lenin und Mussolini.

Dr. Lodgman (Deutschn.) erklärt, daß sich auch in Deutschland die Demokratie das Todes- urteil gesprochen habe, denn sie bedürfe zur Ord- nung des Staates der Diktatur. Wir befinden uns heute in einem Abschnitt der Geschichte, in welchem die überlieferte Form als veraltet emp- funden wird. Es dürfte nicht mehr lange wäh- ren, daß man sich, wie Mussolini und Len- in, der lästigen Form entledigt. Mit einer „Kampfanfrage“ an den „zugesessenen wirtschaf- tlichen Materialismus“ schließt Lodgman seine Rede.

Noch ein Hortthjüngling.

Als letzter Redner erklärt der magyarische Christlichsoziale Valkovich, daß er mit Hortth zufrieden sei und lehnt die Behauptung des un- garischen Sozialdemokraten Borovösky ab, daß die ungarische Regierung gemordet habe.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch um halb 12 Uhr vormittags statt.

Eine Rede des Finanzministers im Budgetauschuß.

In der gestrigen Sitzung des Budgetaus- schusses kam der Minister Vesla auf die Staats- schuld zu sprechen und sagte hierzu: Auf den Stand der Staatschuld der tschechoslowa- kische Republik wird in Hinsicht einen großen Einfluß die endgültige Lösung der Re para- tionsfrage nehmen, deren Durchberatung in den internationalen Kommissionen langsam fortschreite, ein Umstand, der mit Rücksicht auf die weittragenden Wirkungen der endgültigen Entscheidungen begrifflich sei.

Auch die Frage der Kriegsanleihe wird vom Finanzministerium aufmerksam verfolgt und die zuldändigen Anträge des Finanzministeriums nähern sich bereits einer Gesamtedaktion. Es wird namentlich auch daran gedacht, daß nicht jene entlohnt werden, die die Begünstigungen des bisherigen Gesetzes nicht benutzt haben, gegenüber jenen, die in dieser Weise vorgegangen sind.

Die Anzahlungen auf die Vermögensabgabe und auf die Vermögenswachstumsabgabe wurden bis zum 31. Oktober 1923 verrechnet: An Einlagen 1.268.895.785,35 Franken, bar 1.978.489.294,38 K., im ganzen 3.277.390.079,69 Franken. An Darstellungen wurden refundiert: Vorauszahlungen 23,2 Millionen, an Speise 755 Millionen Einlagen, nach dem Finanzgesetz vom Jahre 1921 22 618 Millionen. An Einlagen gemäÙ Verordnung vom Jahre 1922 28,5 Millionen, im ganzen 746,2 Millionen.

Der Ertrag der Abgaben für die Grundlage der Währungsreform, die in erster Reihe vom Bankamt geleistet werde. Die bisherigen Erfolge, die sich auf die Geltendmachung gesunder Grundstücke in der Führung der öffentlichen Finanzen frage u. a. auf den sich bessenden Stand der Erzeugnisse und der Aktivität unserer Handelsbilanz, können nur die wichtigsten des bisherigen Weges bestätigen, dessen Endziel die Goldwährung sei. So lange allerdings die Weltwirtschaft an weittragenden Störungen leide, die eben in der heutigen Zeit durch die Verhältnisse in Deutschland charakterisiert sind und denen Rußland noch immer ausgeschaltet sei aus den normalen internationalen Wirtschaftsbeziehungen, wäre es ein Fehler, an unmittelbare bestimmte technische Maßnahmen zu denken.

Der Finanzminister erstattete sodann Bericht über das Vorgehen bei den Budgetarbeiten und konstatierte, daß der für die Vorlage der Budgetentwürfe festgesetzte Termin, der 15. Mai 1923, nicht eingehalten worden sei und daß trotz vielfacher Urzungen des Finanzministeriums die Budgets der einzelnen Ministerien erst mit Beginn des Monats Juli überreicht worden seien. Das Ergebnis ist ungenügend gewesen und es hat sich ein Budgetdefizit von ungefähr 6 Milliarden ergeben. Deshalb seien neue Anträge gemacht worden und nach Durchführung weiterer Erörterungen seien Ende Juli und Anfang August die definitiven Entwürfe dem Minister vorgelegt worden. Es hätten sodann schwierige Verhandlungen zwischen den einzelnen Ministerien und dem Finanzministerium stattgefunden, die erst am 16. Oktober abgeschlossen werden konnten, so daß der Finanzminister erst am 18. Oktober über die erzielte Einigung dem Ministerpräsidenten in Karlsruhe Bericht erstatten konnte.

Der Minister schloß seine Rede mit dem Wunsch, den bereits der Generalberichterstatter vorgebracht habe, daß Vorgehen und Fortschritt, der sich in unserer Budgetierung dadurch erweise, daß unsere Staatseinnahmen verringert werden, in Zukunft noch größer sein möge als bisher.

Vor Neuwahlen in England.

(Von unserem Londoner Berichterstatter.)

Der englische Premierminister Baldwin hat angekündigt, daß er das Land zu Neuwahlen aufrufen wolle. Die Labour Party hat diese Parole angenommen und durch den Mund ihres Führers Mac Donald das Wahlprogramm der Regierung mit der Anlage der Kampfbereitschaft beantwortet. Die Wahlplattform, die die konservative Regierung gewählt hat, ist freilich herausfordernd genug. Sie heißt: Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit durch — Schutzzölle.

An diesem Regierungsprogramm ist mancherlei bemerkenswert. Vor allem die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit, die furchtbare Folge des Krieges und Sieges, nach vier langen Jahren, in denen sie immer bedrohlicher anwachsend, endlich von der Regierung als das bedenklichste wird, was sie ist: als die wichtigste innenpolitische Frage Englands. Was die Regierung zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten tut, ist trotz der Erweiterung der Pläne, die Baldwin in Aussicht gestellt hat, völlig ungenügend; noch immer gibt es hunderttausende arbeitslose Bauarbeiter, an die jährlich drei Millionen Pfund elender Unterstützung gezahlt werden und hunderttausende wohnungslose Menschen, für die mit zwei Millionen Pfund jährlich 200.000 Wohnungen gebaut werden könnten; noch immer hungern im reichsten Land Europas Millionen Menschen arbeitslos und ausgestoßen. So ist es die Unfähigkeit der kapitalistischen Unterordnung, die Angst der Regierenden vor dem Winter der Ausgestoßenen, die zur Verhütung der Massen nach der Neuwahl rief.

Aber was hat diese Regierungskunst den Arbeitslosen zu bieten? Es ist fürwahr ein kuriozes Heilmittel, das den schon Erkrankten vor der Ansteckung schützen will: Englands Volkswirtschaft soll abgeperrt, seine Industrie soll „geschützt“, sein Markt vor der ausländischen Konkurrenz behütet werden. England, das fläufige Land des Freihandels soll unter die Staafische der geschlossenen Grenzen gehen. Die neue englische Politik nimmt die alte Gestalt des Schutzzolls an.

Damit knüpft die neueste Parole an sehr altbekannte Dinge an. Die ganze zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts in England ist ausgefüllt von den Kämpfen der beiden großen historischen Parteien des englischen Bürgertums, der Liberalen und der Konservativen; und den wirtschaftlichen Hauptkämpfen dieser Kämpfe bildet der Streit um Freihandel oder Schutzzoll. Die Liberalen, die eigentlichen Vertreter der kapitalistischen Bourgeoisie, des ausfließenden

Die Puttschisten wollen diese Woche los schlagen.

Statt entschlossenes Auftreten der Reichs-Regierung ein Aufruf an die Bevölkerung. — Der sächsische Reichswehrgeneral mahregelt den republikanischen Polizeibehörden. — Zehntausend bewaffnete Nationalsozialisten im Solde der Schwerindustrie und der Agrarier.

Berlin, 5. November. (Eigenbericht.) Selbst die Stresemann-Regierung, sofern bei dem gegenwärtigen Kampfplan: von einer Regierung gesprochen werden kann, bestreitet nicht mehr die akute Gefahr eines von Bayern drohenden Rechtsputsches. Statt aber alle Machtmittel zu ergreifen, um dem bayerischen Putsch vorzukommen, erläßt die Reichsregierung einen im Grunde genommen platonischen Aufruf an das deutsche Volk, in dem sie zum Schutze der Reichsverfassung auffordert. Sie weist darauf hin, daß die Erhaltung der Reichseinheit und Ordnung und Sicherheit im Innern Voraussetzungen für die Überwindung der Hindernisse in der Zeit des Überganges zu einer neuen Währung, der Zeit schwerer Arbeits- und Wettbewerblichkeit, schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse und unerhörten außenpolitischen Drucks ist und betont, daß jede Möglichkeit, außenpolitisch überhaupt etwas zu erreichen, mit dem Augenblick endgültig geschwunden wäre, in dem anstelle einer verfassungsmäßigen Regierung irgend eine ungesetzliche Macht Deutschland nach außen hin zu vertreten versuchen würde. Zum Schluß heißt es im Aufruf: Die deutsche Regierung besitzt die Machtmittel, um jedem Putsch mit Erfolg (?) zu begegnen und die Verfassung des Reiches zu schützen. Die Reichsregierung vertraut sehr darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und ihren Willen aufgezwungen werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschlossen für die Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten wird.

Während die Reichsregierung sich mit solcherart tönenen Redewendungen nach rechts den Anschein geben will, daß sie der starke Mann sei, der nichts fürchte, zeigt sie mit einem neuen Streich, zu dem sie gegen links ausweicht, wie wenig ernst es ihr um den Kampf gegen den Rechtsputschismus ist. Heute wird bekannt, daß der sächsische Polizeibehörde Dr. Schöpinger, ein wirklich zuverlässiger und dornen über die Landesgrenze hinaus gehender Republikaner vom sächsischen Reichswehrgeneralcommandanten General Müller des Dienstes entzogen wurde. Dieser um die

Handels, dem jeder Zoll das Geschäft störte, und der Industrie, die billiges Brot für billige Arbeitskraft brauchte, sind unter der theoretischen Führung der „Manchester Schule“ für den zollfreien Handel eingetreten; die Konservativen, aus den Reihen der Feudalität, dem englischen Grundadel hervorgegangen, vertraten das Interesse der schwachen englischen Landwirtschaft an schützenden Zöllen. Aus diesem Gegenstand entwickelte sich der jahrzehntelange historische Kampf, der die besten Männer der englischen Bourgeoisie auf den Plan rief und der schließlich mit dem Sieg des Freihandels endete. Und heute soll diese ganze geschichtliche Entwicklung, dieses einjährige Kampffeld und Ideal des Bürgertums wie so viele andere nichtwärts revidiert werden?

Indes, der verspätete Sieg in einem vergangenen Kampfe, den man darin erblicken wollte, ist nur zur Hälfte wahr — insofern er eine Niederlage der Liberalen andrückt, ein Triumph mehr des unaufrichtigen Untergrundes dieser Partei. Aber die Sieger, die Schutzzöllner von heute, sind nur mehr zum Teil die konservativen Landlords von gestern; in Wahrheit sind heute bereits eine ganze Reihe anderer Massenmächten in die konservative Partei übergegangen. Wie in allen Ländern, ist auch in England eine Entwicklung am Werke, die das Bürgertum aller „liberalen“ Ideale entblößt und es immer mehr in eine einseitige, konservative, reaktionäre Partei der Besessenen summiert. So stellt heute bereits die englische Schwerindustrie, der Großhandel, das Finanzkapital einen namhaften Teil der konservativen Parteigänger, die sich dort mit den Männern des Adels und Grundbesitzes, mit den Offizieren und den ihrer Masseninteressen nicht bewußten Schichten des Kleinbürgertums und der Angestelltenklasse begnügen. So ist darum heute die Frage der Arbeitslosigkeit keine Frage des Klassenkampfes zwischen Industrie und Grundbesitz mehr. Der alte Streit zwischen Freihandel und Schutzoll lebt nicht wieder auf. Hinter dem Schutzollprogramm der konservativen Regierung birgt sich vielmehr heute politisch wie wirtschaftlich ein ganz anderes Problem.

Zunächst bedeutet es eine gewisse Frontänderung innerhalb der konservativen Partei. In ihr hatte in der letzten Zeit der Wille der kapitalistischen Kreise vorgeherrscht, die sich um Baldwin, als ihren eigenen Führer scharten. Ihre Interessen haben bei der Erhebung Bonar Laws durch Baldwin den Ausschlag gegeben und die Politik Baldwin's — des letzten Jahres — bestimmt. Sie waren es, die ihn die

Republik hochverdiente Funktionär mußte meiden, während gegen den merkwürdigen General Löffow nichts unternommen wird!

Das hauptsächlichste Gefährtenzentrum liegt in Nordbayern, wo zehntausend bewaffnete Nationalsozialisten verammelt sind. Unterstützt wird die bayerische Aufstandsbewegung durch die deutschnationale Agitation in der agrarischen Provinz Preußens, so in Pommern, Mecklenburg und Schlesien. Diese Kreise propagieren auch die Aufrichtung einer Reichswehr, die durch ein Direktorium angeleitet werden soll. Man hört auch schon von einer Kandidatenliste für dieses Direktorium, auf der der frühere Direktor von Steuern, Finanzen, ferner der Direktor der Kruppwerke und ehemalige Reichshofier Wiedefeld und schließlich der lutherische Landtagsführer von Oppen stehen.

Diese Namen lassen darauf schließen, wer die eigentlichen Hintermänner der ganzen Putschbewegung sind: die Schwerindustriellen und die Krausjunker.

Die republikanischen Parteien beraten über Abwehrmaßnahmen.

Berlin, 5. November. (Eigenbericht.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei besproch heute gemeinsam mit den Vertretern der demokratischen Partei die Möglichkeiten eines bevorstehenden Rechtsputsches. Zwischen den beiden Parteien herrscht über die Art der Abwehr volle Übereinstimmung. Später begab sich die Abordnung der Sozialdemokratischen Partei, der Demokraten und des Zentrums zum Reichspräsidenten, wo in Gegenwart des Reichslanzlers und des Reichswehrministers ebenfalls eine Besprechung über den drohenden Rechtsputsch stattfand.

Im ganzen sind bis jetzt drei Infanterieregimenter der Reichswehr in die Gefährtenzone an die bairisch-bayerische Grenze abtransportiert worden. Der Aufmarsch soll morgen damit voll beendet sein. Sie sind hinter der bairischen Landespolizei, welche direkt an der Grenze Aufstellung genommen hat, stationiert und haben vorläufig die Aufgabe, einen Vorstoß der irregulären Verbände abzuwehren, oder nicht

„wohlwollende“ Neutralität, d. h. das unfähige Zusehen seines Vorgängers gegenüber dem europäischen Chaos aufgeben können und jene Periode der englischen Politik einleiten, in der Baldwin vergebens verhandelt, dem französischen Imperialismus, den seine Vorgänger hatten zu mächtig werden lassen, seine Macht, die Europa zerstückte — auszuheben. Den rücksichtslosen Angriffen der französischen Politik setzte er die vorsichtige Zurückhaltung der englischen Diplomatie entgegen — und auch das sehr zum Nachteil, wenn ja in händigen Konflikt mit der anderen Gruppe der konservativen Partei, die vom Krieg her nach durchaus in Deutschland und Frankreichs Feindschaft schwelgt. Aber Bonar Law hat gesagt und — Baldwin sucht durch seine neueste politische Wendung die Interessen der englischen Industrie mit der Ideologie der englischen Landlords zu vereinigen. Er gibt es auf, in Europa Politik machen zu wollen. Er zieht sich auf seine Insel zurück und will die Grenzen hinter sich abverren. Der Schutzoll ist der wirtschaftliche Ausdruck des konservativen Ideals der Isolation: mit Schutzzöllen gegen das Chaos!

Damit aber gewinnt die Aufstellung der Schutzollfrage eine weit über das Wirtschaftliche hinausreichende Bedeutung: ist die Arbeitslosigkeit, sind die Folgen des Krieges und des Friedens ein lokales oder ein internationales Problem? Die national, ja gerade durch lokale Abwertung und Isolierung zu lösen, ist der Weg, den die englische Bourgeoisie vorschlägt: es ist der bequemere Weg, der Verantwortung zu entweichen, die die englische kapitalistische Regierung, wie jede andere, an dem gegenwärtigen Chaos trägt. Die Arbeitslosigkeit als Problem der internationalen Politik zu begreifen, das nur durch internationale Mittel, durch Beilegung des Chaos und Wiederaufbau der Welt gelöst werden kann — das ist die Auffassung der englischen Arbeiterklasse. Nicht Schutzoll gegen Freihandel, sondern Schutzollpolitik gegen die Politik der Arbeiterpartei ist die Entscheidung der kommenden Wahlen — so waren Mac Donalds Worte. Und Arthur Henderson, der Sekretär der Labour Party, hat die Entschlossenheit seiner Partei in die Worte gefaßt: „Der Baldwin wirkt aus den Redebanden der Schutzollerei (protection) gegen die Forderung der Arbeiterklasse nach aktiver internationaler Politik und nach einer inneren Politik hin, die die Wirtschaftskräfte unseres Landes entwickelt. Wohlan, wir nehmen die Herausforderung an!“

offensiv vorzugehen. Der Reichslanzler soll unverzüglich die Mitteilung erhalten haben, daß der Putsch der Geheimbünde am Donnerstag in Szene gesetzt werden soll. Ursprünglich war schon der Dienstag als Putschtag geplant.

Die Reichstagslösung verschoben.

Wegen der innenpolitischen Lage. Berlin, 5. November. (Eigenbericht.) Der Reichstag des Reichstages befand sich heute mit dem Wiederzusammensitzen des Plenums. Das Vorgehen der Regierung ging dahin, mit Rücksicht auf die innenpolitische Lage und die Rekonstruktion des Reichstages den Zusammentritt des Reichstages noch einige Tage hinauszuschieben, womit sich die Vertreter des Zentrums, der Demokraten und der Volkspartei einverstanden erklärten. Genosse Hermann Müller erklärte für die Sozialdemokraten, er verkenne nicht den Ernst der augenblicklichen Lage, aber seine Partei behalte sich vor, die sofortige Einberufung des Reichstages zu verlangen, wenn die Reichsregierung nicht umgehend die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Staatsautorität gegenüber Bayern und zur Abwehr des Rechtsputsches ergreife.

Liebhaber der „Nationalen Diktatur“.

Berlin, 5. November. (Wolff.) Der in Magdeburg zusammengesetzte Bundesvorstand des „Eisernen Halbmonds“ und der „Kampfbund“ hat im Namen von „Millionen ehemaligen Soldaten“ den Reichslanzler in einem Telegramm aufgefordert, umgehend eine nationale Diktatur zu schaffen, die nicht durch Parteien, Parlament und Interessengruppen behindert sei. Der Reichslanzler solle von den in seinen Händen befindlichen Machtmitteln Gebrauch machen und sofort handeln, damit nicht andere handelten.

Kein Grund zu Beschränkungen.

Berlin, 5. November. (Wolff.) Wie die Blätter erfahren, hat die Lage an der bairisch-bayerischen Grenze keinen Anlaß zur Beschränkung. Man könne sich darauf verlassen, daß bei den Versuchen bairischer bewaffneter Verbände die Grenze zu überschreiten, diesen überlegene Reichswehr entgegenzutreten würde. Da die an der Grenze stehenden Grenzreguläre das wissen, seien Vorstöße überflüssig kaum zu erwarten.

Entschlossenheit — gegen links.

Berlin, 5. November. Der Geschäftsführer der „Roten Fahne“ ist verhaftet worden, weil sich in den letzten Tagen wieder eine Anzahl von Exemplaren der „Roten Sturmrohre“ und ähnlicher Zeitungen zeigten, die als Ersatz für die „Rote Fahne“ betrachtet werden. Diese Zeitungen wurden zum Teil in anderen Druckereien hergestellt und dann in Exemplaren der deutschen „Allgemeinen Zeitung“ eingebündelt verschickt, um vor der polizeilichen Entdeckung geschützt zu sein.

Eine Ehrung für aufrechte Blätter.

München, 5. November. Der Generalkonsulminister hat verfügt, daß der „Vorwärts“, das „Berliner Tageblatt“, die „Völkische Zeitung“, die „B. Z. am Mittag“, der „Berliner Börsenkurier“ sowie die „Frankfurter Zeitung“ im rechtsrheinischen Bayern wieder festgehalten, verkauft, verteilt, ausgestellt, angehängen oder sonst wie verbreitet werden dürfen.

Wänderungen von Lebensmittelgeschäften.

Berlin, 5. November. (Wolff.) Infolge der ungenügenden Preispreiserhöhung kam es heute im Laufe des Tages wieder zu zahlreichen Zusammenrottungen und Wänderungen, vor allem vor Bäckereien, Schlächtereien und anderen Lebensmittelgeschäften. Auch mehrere Lebensmittelgeschäfte wurden ausgeraubt. In der Gegend des sogenannten Scheinewerfels wurde besonders Jagd auf Devisenschieber und auf Käufer von Schanzenweisungen gemacht. Der Tumult war zeitweilig so groß, daß die Truppscharen von mit Karabinern bewaffneten Schutzpolizisten gehindert werden mußten. Ein Mann, der Dollarschankweisungen für wenig Geld aufzukaufen versuchte, wurde von der Menge mißhandelt.

Die schweren Wänderungen gehen zum großen Teil auf die ungenügende Erörterung zurück, die der Brotpreis von 140 Milliarden Mark hervorgerufen hat. Noch am Freitag wurden für das Jura-Brot zehn Milliarden, am Samstag 25 Milliarden, heute ganz unvermittelt 140 Milliarden gefordert! Der morgige Brotpreis beträgt 80 Milliarden Mark.

Berlin, 5. November. Bei den heutigen Ausschreitungen in der Grenzdierstraße und anderen Straßen des Berliner Ghettos kam es heute gegen jüdisch ansiehende Passanten zu Wänderungen. Vielfach traten Entleidungsformeln und das in Tätigkeit. Die Überfallenen wurden in großer Geschwindigkeit von Kopf bis zu Fuß ausgezogen und dann laufen gelassen. Bei den Überfällen wurde auch eine Anzahl von Personen durch Messerhiebe und Schläge verletzt.

Späte Einsicht.

Sollmann über die Feigheit und die Verläumdungen der Führer Deutschlands.

Berlin, 5. November. Bei einer Kundgebung der republikanischen Jugendbünde, die gestern im Herrenhaus stattfand, hielt der frühere Reichsminister des Innern Sollmann (Sozialdemokrat) eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

„Ich bin aus der Regierung ausgeschieden, weil ich den Glauben verloren habe, daß die Führer der Deutschen Republik geeignet sind, das Volk zu führen. Stirbt die Republik, so stirbt sie an der Feigheit

ihrer Führer. Ich ehre den Pazifismus, aber ich freue mich doch, daß aus der Versammlung heraus der Ruf nach Waffen laut geworden ist. Fünfzigtausend bewaffnete Republikaner im südlichen Thüringen — und der ganze bairische Spul flattert in alle Winde. Eine Regierung der Republik, die zu den Waffen ruft, würde der jubelnden Zustimmung der republikanischen Jugend sicher sein.

Dem braven „Märtyrer“ Krupp.

Frankreichs Dank für den Krupp-Vertrag.

Berlin, 4. November. Die „Vossische Zeitung“ berichtet aus Essen, daß der Urlaub Krupps von den Franzosen auf unbestimmte Zeit verlängert wurde, welche Maßnahme einer Art Begnadigung gleichkommt.

Separatistische Eroberungen.

Kaiserlautern, 5. November. (Wolff.) Heute nachts kam eine große Anzahl von Separatisten von auswärts hier an. Heute morgens gegen 7 Uhr erfolgte ein Angriff auf das Stadthaus, der jedoch abge schlagen wurde. Das Bezirksamt dagegen befindet sich in den Händen der Separatisten. Wie verlautet, wollen die Separatisten von Kaiserlautern aus die ganze Pfalz erobern. Französisches Militär durchzieht die Straßen.

Die labotierte Sachverständigenkonferenz.

Poincarés neue Vorbehalte.

Paris, 5. November. Die „Zeit Journal“ mitteilt, hat Poincaré im Texte der an die Vereinigten Staaten zu erlassenden Einladung zur Sachverständigen-Konferenz einen neuen Vorbehalt eingefügt. Bisher verlangte er, die Nachbefugnisse der Sachverständigen auf die Abschätzung der gegenwärtigen Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu beschränken und andererseits alle Rechte sicherzustellen, welche die Reparationskommission aus dem Versailler Vertrag herleitet. Poincaré hat nunmehr in den Instruktionen, die er am Samstag dem französischen Botschafter in Washington übermittelte, eine dritte Einwendung gemacht, dahingehend, die französische Regierung könne nicht gestatten, daß die Sachverständigen die Maßnahmen behandeln, welche die französische und belgische Regierung getroffen hätten, um das Ruhrgebiet produktiv zu machen. Ueber diesen neuen Vorbehalt sei man in britischen Kreisen sehr erregt. Man befürchtet, daß dieser Vorbehalt die Mitarbeit Amerikas noch schwieriger machen werde und erklärt, wenn die Sachverständigen nur das Recht hätten, über die augenblickliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu urteilen, daß sie dann gerade auf die Bedingungen zurückkommen müßten, unter denen die Ruhrbesetzung erfolgte, denn hier liege der wichtigste Faktor für die augenblickliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Die lieben Alliierten.

Wie sie den „ewigen Frieden“ gegeneinander vorbereiten.

Rom, 5. November. (WZ.). Mussolini besichtigte in Campino ein neues großes Luftschiff und auf dem Flugplatz in Centocelle 300 Aeroplane. Nach der Besichtigung hielt er eine Ansprache, in welcher er sagte: Wir wissen nicht, ob sich der kommende Krieg ausschließlich in der Luft, zur See oder auf dem Festlande abspielen wird. Wir müssen an das denken, was die anderen tun. Wenn sie Küstungen für den Luftkrieg vornehmen, muß Italien daselbe tun. Am 31. Oktober flogen über Rom 300 Flugzeuge, ohne den geringsten Zwischenfall, im kommenden Jahre wird sich ihre Anzahl verdreifachen. Wir sind zu dieser Politik gezwungen. Es genügt, die Landkarte anzusehen, um zu wissen, daß Italien nie genug Aeroplane für seinen Schutz haben wird. (Werts, Frankreich)

Der neue Balkanost. . .

Eine Note Jugoslawiens an die bulgarische Regierung.

Belgrad, 4. November. Die Nachricht von dem Attentat gegen den jugoslawischen Militärattaché in Sofia, Oberstleutnant Krstić, hat in der Weltöffentlichkeit große Erbitterung gegen die leitenden bulgarischen Kreise hervorgerufen. Die hierdurch geschaffene Situation wird allgemein als ernst beurteilt. Man erwartet in politischen Kreisen, daß die Regierung unverzüglich Schritte unternehmen wird, um Jugoslawien Genugtuung zu verschaffen und zu verlässiger Gewähr zu erhalten, daß ähnliche Verbrechen verhindert werden.

Nach dem mussolinischen Muster.

Belgrad, 5. November. Die jugoslawische Regierung hat wegen des Attentates folgende Forderungen an die bulgarische Regierung gestellt: Entschuldigung der bulgarischen Regierung; persönliche Entschuldigung des bulgari-

sehen Kriegsministers beim Attache Krstić; Begründung der jugoslawischen Forderung durch eine bulgarische Kampagne; strengste Untersuchung des Attentats und schließliche Regelung der Entschädigungsfrage durch den internationalen Schiedsgerichtshof in Haag. Die ersten drei Forderungen sollen innerhalb 48 Stunden erfüllt werden.

Generalstreik in Polen.

Warschau, 5. November. Montag früh setzte in ganz Polen der Generalstreik ein. Der Generalstreik umfaßt auch gemeinnützige Anstalten, wie Elektrizitäts- und Wasserwerke. In Krakau kam es zu stürmischen Straßendemonstrationen der Streikenden, welche von der Polizei auseinander getrieben wurden. Die Behörden haben Versammlungsverbote erlassen. In vielen Städten Polens haben sich freiwillige Selbsthilfsvereinigungen gebildet, welche die notwendigen Arbeiten verrichten.

Die polnische sozialistische Partei forderte die Arbeiter auf, den Generalstreik durchzuführen, falls die Regierung die zur Beschlusnahme des Streikrechtes der Eisenbahnangestellten getroffenen Maßnahmen nicht widerrufe.

Poincarés letzte Mahrebe gegen Deutschland.

Frankreich ist desinteressiert an der Einheit des Reichs.

Paris, 4. Nov. Bei einer Denkmalsweiheung in Brive hat Poincaré eine lange Rede gehalten, in deren letztem Teil er auf die gegenwärtige politische Lage und die Reparationsfrage folgendermaßen einging: Deutschland versucht, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Noch im gegenwärtigen Augenblick entfaltet es besonders in den angelsächsischen Ländern eine ungeheure Propaganda, um das Mitleid dieser Länder über sein Los zu erregen. Glücklicherweise ist die Reparationskommission aber da, um den Erfolg dieser Rechnung zu zunichte zu machen. Sie hat genaue Untersuchungen und unparteiische Abschätzungen über die verschiedenen Lieferungen Deutschlands vorgenommen und da sind die mit Gold gefüllten Säde in eigentümlicher Weise zusammengegründelt. In der Tat hat Deutschland bis zum Juni 1923 8.829.913.000 Goldmark bezahlt, davon 6.298.008.000 Goldmark in bar, die unter die einzelnen Alliierten zu verteilen seien.

Dem gegenüber möge man nun einen Vergleich anstellen mit dem, was wir 1870 bezahlt haben. Nun sind aber alle Franzosen, die sich nach dem Ruhrgebiet begeben haben, ebenso wie alle Ausländer, die es besuchten, entsetzt über die kolossalen Ausgaben, die dort von den Deutschen für den Bau von Immobilien, Landhäusern, Bürger- und Arbeiterhäusern ausgenommen werden. Der deutsche Staat ruiniert sich freudig, aber er gestattet es, daß Privatleute und besonders seine Großindustriellen sich bereichern. Er macht keinerlei ernste Anstrengungen, um von ihnen einen Beitrag zu erhalten, der im Verhältnis stünde zu den Forderungen des nationalen Wiederaufbaues.

Ebensowenig, wie auf die Reparationen, werden wir auf unsere Sicherheit verzichten können. Der Friedensvertrag hat die Zeit der Besetzung des linksrheinischen Ufers bereits mehr beschränkt, als das mit der Dauer der Abtragung der deutschen Schuld vereinbart ist. Man hat dafür einen Garantiepakt versprochen, der aber ein totesgeborenes Kind blieb und nicht erfüllt worden ist. Welche politische Organisation die Bevölkerungen in Deutschland in Zukunft auch wählen mögen, wir werden darüber wachen, daß neue Angriffe gegen uns nicht mehr stattfinden. Wir werden nicht aufhören, zu wiederholen, daß wir nicht daran denken, weder direkt noch indirekt neue Territorien uns anzueignen und daß wir darauf bedacht sein werden, die Freiheit der Bewohner voll und ganz zu respektieren. Aber wenn ich in verschiedenen befreundeten Ländern fragen höre, daß, wenn diese oder jene Gruppe der Bevölkerung ihre Freiheit ausrufen würde, was natürlicherweise eine Revision des Friedensvertrages von Versailles nach sich ziehen würde, dann muß ich eingestehen, daß ich dieses Raisonnement nicht gut begreife, denn es scheint den Prinzipien des Völkerrechtes zu widersprechen.

Wir haben niemals versprochen, gegen die Deutschen die deutsche Verfassung zu schützen, ebensowenig die Einheit des Reichs.

Verbandstag sozialistischer Lehrer und Erzieher.

Der Verband sozialistischer Lehrer und Erzieher hielt am 1. November in Teplitz-Schönau seinen vierten ordentlichen Verbandstag ab. Vertreten waren die Bezirksgruppen Teplitz, Ruffig, Leitmeritz, Gablonz, Karlsbad, Freivaldau in Schlesien, mehrere Gruppen hatten ihr Fernbleiben entschuldigt. Fachlehrer Genosse Herget eröffnete die Beratung mit einem Rückblick auf die Geschichte des Verbandes und betonte die Notwendigkeit, daß der Verband bestehen bleibt. Wenn auch viele wieder „heimgekommen“ haben, die verbliebenen Mitglieder sind erprobt, überzeugt. Fachlehrer Genosse Neumann-Ruffig beantragte eine Entschließung zur Gehaltsfrage, Genosse Ruffig-Teplitz eine solche zur Schulreform. Nach eingehender Besprechung wurden beide Entschließungen angenommen. Sie lauten:

„Der letzte osterreiche Kampf der Bergarbeiter der tschechoslowakischen Republik sollte eine Verminderung der Kohlenpreise und in weiterer Folge eine Verbilligung aller Verbrauchsartikel herbeiführen. Die Erzeuger aber bemühen sich wie vor auch diese Opfer zur eigenen Bereicherung. Auf diese unlautere Erscheinung hinzuweisen, erachten die heute zum Verbandstage erschienenen Vertreter der sozialistischen Lehrer als ihre Pflicht. Der üblichen Gewohnheit der Erzeuger, sich eine ständige Kriegskonjunktur zu schaffen, muß endlich Einhalt geboten werden, weil durch diese immer wieder eine neue Steigerung der Teuerung hervorgerufen werden muß, was auch durch das statistische Staatsamt erwiesen wird. Es wird daher die Regierung aufgefordert, gegen die fortgesetzte Ausbeutung aller arbeitenden Stände mit derselben Entschiedenheit einzuschreiten, mit welcher sie bereits seit zwei Jahren den Abbau der ohnedies unzulänglichen Bezüge der Staatsangestellten durchgeführt hat. So lange die Regierung nicht in der Lage ist, die von ihr selbst angeforderte Verbilligung aller Bedarfsartikel zu erzwingen, hat sie die moralische Verpflichtung, die Bezüge der Staatsangestellten durch Gewährung von Zulagen den Teuerungsverhältnissen anzupassen.“

Die heute versammelten Vertreter der sozialistischen Lehrerschaft halten unbedingt an dem Schul- und Erziehungsprogramm fest, das sie auf dem Prager Verbandstag beschlossen haben. Auf Grund dieses Programmes fordern sie heute als in pädagogischer und schulpolitischer Beziehung besonders dringend:

1. Die Herabsetzung der Schülerzahl der einzelnen Klassen auf höchstens dreißig, da unsere derzeit immer noch sehr hohen Schülerzahlen jede wirkungsvolle Schulreform unmöglich machen. Wir verlangen mit allem Nachdruck, daß die Unterrichtsbehörden auf Grund des kleinen Schulgesetzes jede Klassenausschlaffung unterlassen, wenn dadurch eine Klasse mit mehr als 60 Schülern entstehen würde, ganz gleichgültig, ob es sich um provisorische oder definitive Klassen handelt, da auch das Gesetz keinen solchen Unterschied kennt.
2. Die Vertreter fordern die Einführung des tschechisch-Unterrichtes in allen deutschen Schulen. Sie verwahren sich dagegen, daß den einzelnen Gruppen für diesen Lehrgegenstand mehr als 30 Schüler werden, zumal heute schon gesetzlich festgelegt ist, daß bei weiblichen Handarbeiten Gruppen mit mehr als 40 Schülerinnen geteilt werden müssen.
3. Die sozialistischen Lehrer und Erzieher fordern die Regierung auf, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Demokratisierung des Schulwesens anordnet. (Wahl der Schulleiter höher organisierter Schulen, Wahl der Bezirksschulinspektoren usw.) Insbesondere verlangen sie eine in diesem Sinne durchgeführte Reform der Landesschulräte, betonen aber ausdrücklich, daß die nationale Zweiteilung streng durchgeführt werden müsse.
4. Die Vertreter der sozialistischen Lehrer und Erzieher verlangen eine Schule, in der die Kinder frei von konfessionellen Tendenzen im Sinne wahrer Menschlichkeit, gegenseitiger Achtung und Duldsamkeit zu kranken und arbeitsfreudigen Menschen erzogen werden können.

Hierauf erstattete Genosse Hoffmann-Tannwald den Tätigkeitsbericht. Er verwies zunächst auf die Strohfeuer-Begeisterung, von der viele Leute nach dem Umsturz ergriffen waren; die überkommene Denkgewohnheit war aber für viele das stärkste Hemmnis, in die Gedankenwelt des Sozialismus einzudringen. Diese Tatsache beweist die Wichtigkeit der Schulung und Aufklärungsarbeit. Der Berichterstatter erörtert die Schwierigkeiten der Verarbeitung, die ständige Verbindung der Zeitung mit den Mitgliedern war nur lose, nur einzelne Gruppen haben planmäßig arbeiten können. Schließlich bespricht Genosse Hoffmann die nächsten Aufgaben: Festigung und Vertiefung der Organisationsarbeit, Mitarbeit in der „Kinderfreunde“-Bewegung und in den Parteiorganisationen. In der Besprechung sprach Genosse Janaschek über den Einfluß des Merkantilismus, Genossin Mai über die Pädagogische Zentralfstelle, Neumann über die Notwendigkeit des festen Zusammenchlusses, Ruffig über Organisationsfragen. Nach dem Klaffenberichte des Genossen Thöner betrug die Einnahmen 2361 K., die Ausgaben 2470 K., so daß ein Fehlbetrag von 117 K. besteht. Nach den Berichten der Gruppenvertreter wurden die

gestellten Anträge verhandelt. Der Verband beschließt u. a. die Herausgabe eines Mitteilungsblattes, die Mitarbeit bei den „Kinderfreunden“ und die Abhaltung eines Kurses für moderne Pädagogik im Jahre 1924. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ab 1. Jänner 1924 zehn Kronen jährlich.

Zu den Aufgaben der sozialistischen Lehrer innerhalb der Arbeiterbewegung sprach als Gast der Lehrergesellen der Leiter des Arbeiterbildungswesens Dr. Quitspold Stern. Seine Gedanken drangen tief in die Probleme der proletarischen Bildungsbewegungen und zeigten jene Plätze, wo in Gegenwart und Zukunft die Mitarbeit sozialistisch geschulter Lehrer notwendig sein wird, um die Klassenbewegung zu einer Kulturbewegung zu gestalten.

Satzungsgemäß wurde auch die Neuwahl in den Reichsvorstand vorgenommen. Einstimmig wurde der frühere Vorstand gewählt: Reichsobmann: Fachlehrer Herget-Teplitz; Stellvertreter: Sudl-Ruffig; Schriftführer: Hilde Mah-Ruffig; Stellvertreter: Friz Jelenc-Teplitz; Kassier: Ernst Thöner-Teplitz; Stellvertreter: Eduard Glawitschka-Leitmeritz. In den Beisitzern wurden als Vertreter Schlesiens Fachlehrer Drescher, als Vertreter Mährens Oberlehrer Katschinka gewählt. Die ernst und ungemein anregenden Beratungen zeigten unbedingte Einigkeit aller Teilnehmer. Unbekümmert um alle Anfeindungen durch das Bürgertum und durch die politisch andersgesinnten Lehrer werden die sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen nie aufhören, sich eins zu fühlen mit dem arbeitenden und schaffenden Volk. Sie werden stets mit heiliger Liebe und glühender Leidenschaft ihren Platz in den Reihen ihrer um die erlebte Menschwerdung kämpfenden Brüder und Schwestern aus dem Proletariate erkennen.

Tages-Neuigkeiten.

Deutschnationale Erpressungsbaktion gegen Bergarbeiter. In der letzten Sitzung der Komotauer Stadtvertretung wurden 30.000 Kronen für die durch den Streik in Mittelschicht gesegneten und in Komotau wohnhaften Bergarbeiter bewilligt. In der Stadtvertretung wurde mit den Stimmen der Deutschnationalen und Gelben dann beschlossen, diesen Betrag nicht der „Union der Bergarbeiter“ zur Verfügung zu stellen, sondern durch die Stadtgemeinde selbst zu verteilen. Die Deutschnationalen benützten nun die städtische Hilfsaktion zu einer Erpressungsbaktion an den Bergarbeitern. Sie haben an die „deutschen Bergarbeiter“ die Aufforderung erlassen, sich im Sekretariat der Deutschnationalen zu melden, damit sie bei der Hilfsaktion berücksichtigt werden können. In das Sekretariat werden die sich meldenden Bergarbeiter einzeln vorgelassen und von den dort amtierenden Herren einem Verhör unterzogen (!). Die Bewerber müssen angeben, welcher Partei und Gewerkschaft sie angehören und wie sie bei den letzten Gemeindevahlen gestimmt (!!). Nach Beendigung dieses Verhörs und nach Aufnahme der Personalien werden dann den Bewerbern Beitrittserklärungen zur sogenannten „Arbeitergruppe der deutschen Nationalpartei“ ausgestellt. — Dieses Vorgehen der Deutschnationalen, das einen unerschämten Mißbrauch einer städtischen Hilfsaktion zu Parteizwecken darstellt, hat unter den Bergarbeitern große Empörung hervorgerufen. Die Bergarbeiter sind nicht gewillt, sich von den Deutschnationalen, die sich um die Beschaffung des bewilligten Betrages weiter nicht kümmern, eine solche Erpressung gefallen zu lassen.

Der gekränkte Kramar. Aus Anlaß des fünfjährigen Bestandes der Tschechoslowakischen Republik wurden bekanntlich Goldgulden aus gegeben. Die ersten Gulden erhielten das Museum, die Familie Rasin und Präsident Masaryk. Auch die Abgeordneten und Senatoren wurden mit Gulden — die sie allerdings selbst bezahlen mußten — bereift. Diese Gulden, die nummeriert sind, wurden für die einzelnen Volksbeauftragten ausgelost. Dr. Kramar erhielt nun durch die Auslosung einen Gulden mit der Nummer 80. Aber Kramar wies diesen Gulden wegen der zu hohen Nummer zurück. In nationaldemokratischen Kreisen erwartet man nun, daß für Dr. Kramar eigene Gulden geprägt werden. Mit Kramar Bildnis und Hauswappen natürlich. Die Entwürfe zu dieser Münze sollen angeblich bereits vom Zeichner der „Summsticke Listy“ entworfen worden sein.

Ein Tag der Schmach an Münchens Weltkriegstaten. Sonntag fand in München die Grundsteinlegung für das Kriegerdenkmal vor dem Armeemuseum im Hofgarten statt. An der Trauerfeier für die 13.000 in Weltkrieg gefallenen Söhne Münchens (!) nahmen, so meldet das Wolff-Bureau, unter anderem teil: Kronprinz Rupprecht (!), Ministerpräsident von Knilling, Generalstaatskommissar von Kahr und Reichswehrgeneral von Basso. Auf dem weiten Platz vor dem Kriegerdenkmal Otto von Wittelsbach hatte eine Ehrenkompanie Reichswehr mit den alten Kriegsfähigen Aufstellung genommen, ebenso die bayerischen Verbände und die Hitler-Stampfbünde mit ihren Fahnenkreuzschwenken. Nach der Gedächtnisrede, die der erste Präsident des bayerischen Veteranen- und Kriegerbundes, General von Neuter, hielt, trat der ehemalige Kronprinz Rupprecht an den Grundstein heran und vollführte die ersten Hammerschläge. In der Seite des Generals von Basso nahm er dann den Vorbeimarsch (!)

der Frontkämpfer, der Kriegervereine, der vaterländischen Verbände und der Kampferverbände, der einseitig Stunden dauerte, ab. Bei der Abfahrt wurden dem Kranzgebirge brauende Ovationen zuteil. Die Kampferverbände formierten sich noch zum Vorbeimarsch vor Hitler in der Marmillanstraße vor dem Regierungsgebäude. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. — So geschahen fünf Jahre nach dem Weltkrieg. Und Wasserwörter von damals sind heute Grundsteinleger von Kriegsgedenkmälern!

Kongress der Internationalen Liga für Menschenrechte. In der Eröffnungsfeier des Sonntag in Paris eröffneten Kongresses der Internationalen Liga für Menschenrechte gab der Vorsitzende des Kongresses, Adm. Buisson, von einem Briefe Kenntnis, den die Deutsche Liga für Menschenrechte vor drei Wochen an Poincaré gerichtet hat. In dem Briefe wird u. a. gesagt, daß die Aufgabe des positiven Widerstandes einen Akt der Weisheit, der den aufrichtigen Willen bekunde, zu Reparationen und zu einer Verständigung zu gelangen. Dieser Akt sei bedauerlicherweise unbeantwortet geblieben. Am Schluß des Briefes wird die Überzeugung ausgedrückt, daß nichts eine bessere Lösung herbeiführen könne, als wenn Poincaré sich bereit finden würde, persönlich und unmittelbar mit dem deutschen Reichskanzler die Lage in ihrer Gesamtheit zu prüfen.

Meldung eines Erdbebens. Savas meldet aus Victoria (Britisch Kolumbien): Die hierigen seismographischen Apparate haben Samstag ein starkes Erdbeben in der Richtung auf die Insel Guam angezeigt.

Oekonomische Praxis und politische Praktiken des russischen Staatssozialismus. In dem unter diesem Titel erschienenen Artikel von M. Nesimov ist ein Druckfehler unterlaufen und zwar soll es im dritten Absatz, Seite 13 bis 15 lauten: „Soll die kapitalistische Wirtschaft sich in gesunder Weise entwickeln“.

Ein origineller Wohlthäter. Aus London wird berichtet: Ein ungenannt sein wollender Spender hat sich, nach Mitteilung Lord Amisfords, des Präsidenten des Londoner Krankenhauses, an, daß er ein jedes, dem Krankenhaus bis 1. Januar gemachtes Geschenk bis zum Betrage von 80.000 Pfund Sterling verdoppeln werde. Lord Amisford erklärt, daß diese Schenkung die größte ist, die die Anstalt in den letzten 200 Jahren erhalten hat. Er hofft, daß das Publikum dem Krankenhaus ermöglichen wird, wenigstens 160.000 Pfund Sterling hereinzubringen.

Schweres Eisenbahnunglück in Jugoslawien. In der Nähe der Station Sbari bei Semlin fand Freitag früh ein schwerer Zusammenstoß statt. Ein von Belgrad nach Subotica abgegangener Zug fuhr auf einen von Agron nach Belgrad abgefahrenen Personenzug auf. Bei dem Anprall wurden die beiden Lokomotiven zerrümmert und die einzelnen Waggons heftig zueinander und eingestürzt. Von den Reisenden wurden drei getötet, 19 schwer, und über 100 leicht verletzt. Ein Sanitätszug sorgte für die schnellste Ueberführung der Verwunden ins Semliner Krankenhaus. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet und gegen Abend konnte auch der Verkehr wieder aufgenommen werden.

Ein Todesopfer des Wälders. Vom Tegersee wird gemeldet: In der Nähe der Stolzenalm traf am Samstag ein Törling der Oberjäger mit zwei Wäldern zusammen, die auf Anruf hin gegen den Jäger Stellung nahmen. Der Jäger kam den Wäldern zuvor und traf einen davon, einen Jagdnetzführer von Schliersee, tödlich.

Kongress der Kriegsverletzten. Der Bundesverband des Bundes der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen der Tschechoslowakischen Republik, Sig Reichenberger, erhielt aus dem Aufnahmefolgender Seiten: In der Tagespresse vom 2. d. M. wird

unter obigem Titel eine Notiz, daß in der Zeit vom 10. bis 12. November in Prag ein Kongress der Kriegsinvaliden stattfindet, welche aus diesem Anlaß ihre Forderungen formulieren und dem Parlamenten beim. den einzelnen Abgeordneten überreichen werden. Wir stellen fest, daß es sich hier um den Kongress der tschechischen Kriegsinvaliden handelt, an welchem unsere Organisation lediglich durch Delegierte des Vorstandes vertreten sein wird. Eine direkte Beteiligung unserer deutschen Kriegsbeschädigten an dieser Rundgebung findet nicht statt, nach dem der Bund der Kriegsverletzten große Manifestationskundgebungen in allen größeren deutschen Städten der Republik am 18. November l. J. unter Veranlassung der breiten Öffentlichkeit, sowie der Abgeordneten und der politischen Behörden veranstaltet. Wir werden Gelegenheit nehmen, über die geplanten Rundgebungen an anderer Stelle ausführlicher zu berichten.

Reiseleiterleistungen und Vereinfachung der Gepäck-Zollrevision. Wie uns die Union der Geschäftreisenden und Vertreter in Prag mitteilt, hat die Landes-Finanzdirektion angeordnet, daß den Geschäftreisenden und Vertretern ein Auswärtigkeit auch dann ausgesetzt werden kann, wenn sich der Dienstgeber verpflichtet, für dessen Steuern zu haften. Was die Gepäck-Zollrevision anbelangt, ist bereits diese soweit vereinfacht, daß bei Schnellzügen das Gepäck einer Revision im Zuge unterzogen wird.

Richtpreis für Wälderei. Die Preisabteilung des Versorgungsministeriums bereitet für die nächste Zeit die Ausgabe von Richtpreisen für Wälderei im Detailhandel vor, welche um so notwendiger sind, als Wälderei im heutigen Jahre in großem Maße auf den Markt kommt. Die Preise sollen wie folgt festgesetzt werden: Für ein Kilo Falsch 4 K. oben über 8 bis 12 K. des bestehenden Preises, für ein Kilo Rehfleisch 10 K. und ein Kilo Hochwild 6 K.

Neuer Tarif auf den Lokalbahn. Dem Eisenbahnministerium ist es gelungen, alle Lokalbahn, angenommen die Bahn Kollbau-Turnich dafür zu gewinnen, daß sie die Tarife der Staatsbahnen einführen. Die Gütertabelle der Lokalbahn waren durchschnittlich um 50 Prozent höher als die der Staatsbahnen.

Von einem Dampfschiff getötet. Der auf einem Gutshofe bei Mähr.-Trübau beschäftigte Heinrich Densky wurde auf dem See von einem Dampfschiff ertränkt, in die Furche geschleudert und getötet.

Ueberfall. In der Nacht auf den 31. Oktober drang ein unbekannter Dieb in das Haus des Jafob Matoušek in Schippan bei Prachatitz ein und gab, als er vom Hauseigentümer überfallen wurde, einen Schuß auf denselben ab. Matoušek wurde am Schenkel verletzt und stürzte in seine Wohnung. Der Räuber feuerte aber noch zwei Schüsse durch das Fenster, von denen einer den Matoušek in den Bauch, der zweite dessen Gattin Anna schwer verletzte. Der Täter ergriff hierauf die Flucht.

Strasfassenleistungen. Die Staatsbahndirektion Prag-Süd teilt mit: Sonntag erlegten in Cerehny bei der Verladung des Zuges Nr. 302 fünf Lastwagen. Das Geleise Nr. 1 wurde hierdurch verfehrt. Der Verkehr wickelte sich von 13 Uhr 48 bis 19 Uhr 40 Min. nur auf dem Geleise Nr. 2 ab. Der Materialschaden ist geringfügig. — Am selben Tage entgleite auf der Strecke Bedetz-Bezdovz beim Kilometer 382 um 18 Uhr 18 Min. die Lokomotive des Lastzuges Nr. 3489. Die Reisenden der Züge Nr. 3455, 3456, 3457 und 3458 mußten an der Unfallstelle übersteigen. Von den Reisenden wurde niemand verletzt. Die Strecke konnte um 28 Uhr 50 Minuten wieder befahren werden. Die Ursachen der beiden Unfälle werden untersucht.

Brager Chronik.

Von einem neuen großen Wälder.

Dem „Erste Slovo“ zufolge besteht die Absicht die derzeit bestehende Wälder an der Gde der Raro-

lina Zofka Gasse und dem Nigeral zu einem großen, modern ausgestatteten Bad auszubauen, das zwei Bädern mit 100 Quadratmeter Flächeninhalt eines für Männer und eines für Frauen, erhalten soll. Im ersten Stockwerk sollen 110 Personen untergebracht werden, ferner ein großer Auherraum, ein Kaffeehaus ein Buffet usw. Das zweite und dritte Stockwerk sollen den Frauen vorbehalten bleiben und ähnlich eingerichtet werden. Im vierten Stock sollen die Wannenbäder, die Badedampfbäder, untergebracht werden. Alle Stockwerke sollen durch Aufzüge miteinander verbunden sein. In einer bestimmten Tageszeit wäre bei besonders ermäßigten Preisen das Bad der Arbeiterkassen vorbehalten.

Aus dem Polizeibericht.

Das vier Monate alte Mädchen des Kommissionsrats Jaroslav Marek in Prag Nr. 342/VIII fiel mit dem Dienstmädchen in einem Bette. Als diese gestern um 8 Uhr früh erwachte, fand sie das Kind neben sich tot. Da die Leiche nicht festgestellt werden konnte, wurde der Leichnam in das Gerichtsleicheninstitut überführt. — Der Infantarist des Inf. Reg. Nr. 28 in Prag Eduard Treznig, schloß sich aus unvollständigen Urteilen im Mannschafstimmer am 31. v. M. nachmittags eine Kugel in die linke Schläfe. Er erlag der Verletzung nach seiner Ueberlieferung in das Garnisonsspital. — Sonntag früh wurde der in Smichow wohnende Fabrikarbeiter Franz Sydysch von einem Manne, den er sich tags zuvor, ohne ihn zu kennen, als Betrüger mit nach Hause genommen hatte, überfallen und verletzt. Es gelang Sydysch, aus der Wohnung zu fliehen; der gefährliche Mitternatter regelte sich inzwischen ein und als man die Wohnung endlich erbrochen hatte, fand man ihn schwerverletzt auf. Er hatte sich ein Messer in die Brust gestochen. Der Täter und sein Opfer wurden auf die Schloßerei: Klinik gebracht, wo der gewalttätige Mann nach kurzem Verhöre als der Schloßer Job. Spiegel anonymer wurde, nach dem wegen Desertion und Betruges bereits seit einiger Zeit gefahndet wird.

Gerichtssaal.

Der Mord an dem Sowjetdelegierten Worowsky vor Gericht.

Lausanne, 5. November. (Schw. Dep. Ag.) Heute beginnt vor dem Schwurgerichte des Kantons Waadt die Verhandlung gegen den tschechischen Schwärzer Moriz Alexander Conradi, welcher während der Lausanner Friedenskonferenz den Sowjetdelegierten Worowsky erschossen und dessen Begleiter Ahrens und Divilkowsky verwundet hat. Conradi erklärt, er habe für sich und seine Familie wegen in Rußland erlittener persönlicher Unbill Rache nehmen wollen. Seine Tat wurde als gemeines Verbrechen von tschechischen Behörden überwiesen. In Gerichte sitzen neun Geschworene und vier Ertragmänner, welche die Tat und die Schuldfrage zu beantworten haben. Bezüglich der ersten kann die Antwort nicht zweifelhaft sein. Das ganze Interesse konzentriert sich auf die Schuldfrage: „Dast der Angeklagte die Tat in schuldhafter Absicht begangen?“ So lautet die Formel. Dazu verlangt das tschechische Gesetz eine qualifizierte Mehrheit für eine Verurteilung. Es müssen sich von neunem Geschworenen sechs für ein „Schuldig“ aussprechen. Auf den Wahrspruch der Geschworenen hin hat dann die aus einem Juristen dem Gerichtspräsidenten Jonjallat und zwei Laienjuristen bestehende Strafkammer die von Strafgesetz vorgeschriebene Strafe auszusprechen.

Das tschechische Strafgesetz behauptet den Urheber einer vorsätzlichen Tötung (homicide volontaire) mit Zuchthausstrafe von 12 bis 20 Jahren. Handelte der Täter mit Ueberlegung, so hat er lebenslängliche Zuchthausstrafe zu

erwarten, doch kann beim Vorliegen mildernder Umstände seine Strafe auf 15 bis 20 Jahre reduziert werden. Der Mordmörder im vorliegenden Falle der Russe Artobius Polunin welcher der Mordmord und Verhinderung angeklagt ist, wird mit 10 bis 25 Jahren Zuchthaus bestraft, wenn für den Täter lebenslängliche Zuchthausstrafe ausgesprochen wird; in den anderen Fällen erhält er eine Strafe, die drei Viertel des im Gesetz für den Täter vorgeschriebenen Strafmaximums nicht übersteigen darf. Der Täter oder der Korrupte ist aber straflos, wenn er im Augenblicke der Begehung des Verbrechens unter dem Einflusse eines unwiderstehlichen Zwanges stand. Bei bester Provokation tritt Strafmitderung ein.

Den Vorsitz bei der Verhandlung führt Richterpräsident Jonjallat aus Lausanne. Die Anklage vertritt der tschechische Generalstaatsanwalt Capt. Der Mörder Conradi wird verteidigt vom Rechtsanwalt und Nationalrat Sidnen Schopfer in Lausanne, Polunin vom Rechtsanwalt Charles Hubert in Genf. Die Zivilpartei wird vertreten durch Dr. Franz Wolf (Basel) für die Witwe Worowsky, Alt-Regierungsrat Magnenat (Genf) für die Tochter, Nina Worowsky, Witwe und Tochter des Ermordeten werden, da sie beide krank sind, zum Prozeß selbst nicht erschienen. Nationalrat Jean Didier (Genf) vertritt die Interessen Divilkowsky's, der von seinen Verletzungen noch nicht ganz hergestellt ist, wahren wird.

In den Verhandlungen, die etwa zehn Tage dauern dürften, werden mehr als 80 Zeugen einvernommen werden. Als Belastungszeugen treten u. a. auf: Prof. Kutschnikoff, Berlin, der französische Schriftsteller Henri Barbusse, Sidnen Gresson, Major der amerikanischen Armee, der italienische Deputierte R. Brivio Maffi und Charles Rappaport in Paris.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Handelsvertrag mit Norwegen.

In der Sammlung der Gesetze und Verordnungen Nr. 99, ausgegeben am 31. Oktober, ist das am 2. Oktober dieses Jahres abgeschlossene Handelsübereinkommen zwischen der Tschechoslowakei und Norwegen veröffentlicht. Der Vertrag ist weit länger als es sonst bei Handelsverträgen zu sein pflegt und beinhaltet im wesentlichen folgenden: Beide Länder gewähren einander die Meistbegünstigung. Das Bemilligungssystem wird beibehalten, wird aber von beiden Ländern in liberaler Weise gehandhabt. Die Meistbegünstigung gilt jedoch nicht für die besonderen Vereinbarungen, welche Norwegen mit seinen beiden Nachbarländern Dänemark u. Schweden, sowie für die besonderen Begünstigungen, welche die Tschechoslowakei den Nachbarstaaten des alten Oesterreich-Ungarn gemäß den Verträgen von St. Germain und Trianon zugestanden hat. Der Vertrag ist auf ein Jahr abgeschlossen. Nach Ablauf dieser Zeit gibt er stillschweigend als verlängert, wenn er nicht gekündigt wird. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate.

Durch diesen Vertrag wird die Meistbegünstigung auf ein neues Land erstreckt und dadurch wohl eine oder die andere Zollposition für den Verkehr mit Norwegen herabgesetzt. Die Hauptsache wäre freilich die Herabsetzung des autonomen Zolltarifs und die Befreiung des Bemilligungssystems.

Die Einberufung eines allgemeinen Betriebsrätekongresses in der Tschechoslowakei, eine neue Parole der Kommunisten? Wie das „Rude Pravo“ berichtet, hat die Druckgruppe der Holzarbeiter in Biele den Beschluß gefaßt, die Einberufung eines allgemeinen Betriebsrätekongresses

Vater Goriot.

29

Von Honoré de Balzac.

Das ist nicht spähig, und es dauert so lange. Erstmal gilt es drei Jahre in Paris herumzuwurzeln und all die Herrlichkeiten, nach denen wir so lüster sind, zu betrachten, ohne an sie ranzulassen. Es macht so müde, immer nur zu wünschen, ohne sie zu werden. Wenn Sie bloß wären und zum Gescheh der Wohlthäter gehörten, so hätten Sie nichts zu fürchten, aber Ihr Gut ist heiß wie das eines Löwen und Ihr Appetit groß genug, um täglich zwanzig Tunnisfellen zu machen. An dieser Qual, der grausamsten die uns in der Hölle vom lieben Gott bereitet wird, werden Sie zugrunde gehen. Angenommen, Sie werden vernünftig, trinken Milch und schreiben Elegien, so werden Sie nach Sorgen und Entbehrenungen aller Art, die genügen, um einen Hund wackeln zu lassen, der Stellvertreter irgendeines Narren in einem Provinznet werden, und die Regierung wird Ihnen laufend Frankens Gehalt hinschmeißen wie eine Suppe die man einem Fleischhund vorsetzt. Dann können Sie die Liebe verbellern die Sache der reichen Leute führen und jene die Schneid im Felde haben zum Tode verurteilen, Schönen Dank! Wenn Sie keine Protection haben, so verrecken Sie in Ihrem Provinztribunal. Mit dreißig Jahren werden Sie Richter mit dem ungeheueren Einkommen von zwölftausend Franken jährlich, falls Sie Ihre Nichtertoga noch nicht weggeschmissen haben. Mit vierzig Jahren werden Sie die Tochter irgendeines Müllers heiraten mit einer Jahresrente von etwa sechstausend Franken. Danke schön! Haben Sie Protection, so sind Sie als dreißigjähriger Staatsanwalt, mit tausend Talern Gehalt, und können die Tochter des

Bürgermeisters zur Frau kriegen. Wenn Sie eine jener kleinen politischen Schweinereien begehren, indem Sie etwa auf einem Wahlzettel Bilde anstarrt; Manuel lesen (das reinigt sich und macht weiter keine Gewissensbisse), so werden Sie mit vierzig Jahren Generalprokurator und können Abgeordneter werden. Vergessen Sie nicht, mein liebes Kind, daß unser zartes Gewissen dabei leidet, daß es zwanzig Jahre geheimen Verdrußes und viele Sorgen gibt, und daß Ihre Schweitern ihr Leben als alte Jungfern verbringen. Ich darf Sie auch darauf aufmerksam machen, daß es in Frankreich auf mindestens zwanzigtausend Bewerber genau zwanzig Generalprokuratoren gibt, darunter sind Kerle, die ihre Familie verkaufen würden, um nur eine höhere Stiefel zu erklümmen. Wenn Ihnen dieser Beruf zuwider ist, so wollen wir uns mal nach etwas anderem umtun. Will der Baron von Mastignac etwa Advokat werden? O, wie herrlich! Jehn Jahre muß man leiden, laufend Frankens monatlich ausgeben, eine Bibliothek und ein Bureau haben, eine Rolle in der Gesellschaft spielen, bei Gerichtspersonen herumhinarbeiten, um Klienten zu bekommen, sich die Junge aus dem Felde reden. Wenn diese Karriere Sie noch zum reichen Mann machen würde, so hätte das ja alles einen Sinn; aber zeigen Sie mir fünf Advokaten in Paris, die, wenn sie fünfzig Jahre alt sind, über fünfzigtausend Franken jährlich verdienen. Nun! ehe ich solch einen Posten auf mich nähme wäre ich lieber Zeeeräuber. Uebrigens, wo soll man denn die erforderlichen Moneten herkriegeln? All das ist nicht lustig. Die Mühsal der Frau bedeutet sich solch einen Mühsal um den Hals tun, außerdem, wenn Sie sich für Geld verkaufen, wird vertraut sich das mit Ihren Ehrbegriffen und adeligen Empfindungen? Dann können Sie sich ebenso auf der Stelle gegen alle menschlichen

Konventionen empören. Wie eine Schlange muß man eine Frau besetzen, der Mutter die Frühe lassen, Niedrigkeiten begehren, die selbst ein Schwein anwidern würden. Gestalt! wenn Sie dabei noch wenigstens glücklich würden! Aber Sie werden elend wie ein Kainstein mit einer Frau, die Sie auf diese Weise geheiratet haben. Es ist immerhin noch leichter, sich mit Männern herumzuschlagen, als mit seiner eigenen Frau Krieg zu führen. So ist des Leben, und Sie stehen am Scheideweg, junger Mann, wählen Sie. Aber Sie haben ja schon gewählt: Sie waren bei Ihrer Ausrufe Beaufmann und haben dort den Luxus gewittert. Sie waren bei Frau Reichard, der Tochter von Vater Goriot, und haben dort die Pariserin gewittert. Als Sie an jenem Tage wiederkamen, stand ein Wort auf Ihrer Stirn, das ich wohl zu lesen verstanden habe: Emporkommen um jeden Preis! Bravo, habe ich mir gesagt, das ist ein Kerl, der mir gefällt! Sie haben Geld gebraucht. Woher nehmen? Sie haben Ihre Schweitern zur Aber gelassen. Alle Brüder schröpfen ihre Schweitern. Ihre fünfzehnhundert Franken, die sich Ihre Angehörigen an Gott weihen muß für eine Weiße vom Leibe gerissen haben, in einem Lande, in dem es mehr Kasanien als Frankensstücke gibt, werden schmelzen wie Schnee in der Sonne. Und was wollen Sie dann tun? Wollen Sie arbeiten? Arbeit in dem Sinn wie Sie sie heute erkaufen, gewähltestet ein Zimmer geworden ist wie Poiret. Das Problem, an dessen Lösung in diesem Augenblicke fünfzigtausend junge Leute arbeiten, die sich in der gleichen Lage befinden wie Sie, ist: wie komme ich schnell zu Geld? Sie sind nur eine Nummer unter vielen. Machen Sie sich nun eine Vorstellung, mit welcher Erbitterung der Kampf geführt wird, und wie groß Ihr Einfluß kein muß? Sie müssen sich gegenseitig auffressen wie Spinnen in einem Topf,

denn fünfzigtausend gute Posten gibt es nicht. Wissen Sie, wie man hier seinen Weg macht? Mit dem Glanz des Genies oder der Geschicklichkeit der Korruption. In diese Menschenmasse muß man einschlagen wie eine Kanonenkugel oder sich hineinschleichen wie eine Seuche. Mit bloßer Aufständigkeit schaffen Sie's nicht. Man beugt sich der Macht des Genies, man haßt es, man verachtet es zu verleumden, denn es nimmt ohne zu teilen; aber man beugt sich, wenn es von Dauer ist, mit einem Worte, man betet es an, wenn man es nicht in den Kot zu zerren vermag. Die Korruption ist an der Arbeit, das Talent ist selten. So ist die Korruption die Waffe der Mittelmäßigkeit, die im Ueberflusse vorhanden ist, und überall werden Sie ihre Spitze fühlen. Sie werden Frauen begegnen, deren Männer ein Gesamteinkommen von nur sechstausend Franken haben und die allein für ihre Toilette über zehntausend ausgeben. Sie werden Angestellte sehen, die zwölftausend Franken verdienen und sich Landgüter kaufen. Sie werden Frauen sehen, die sich prostituieren, um im Wagen eines Bais von Frankreich zu fahren, der auf dem Rennen zu Longchamps den Preis davonträgt. Sie haben den armen alten Narren Goriot gesehen, der den Wechsel seiner Tochter eingelöst hat, während der Schwiegereltern eine Rente von fünfzigtausend Franken hat. Wenn Sie Ihre Augen offen halten, so werden Sie keine zwei Schritte in Paris machen ohne auf diese höllischen Schliche zu stoßen. Ich will meinen Kopf gegen diesen Salatsopf werfen, daß Sie bei der ersten Frau, der Sie begegnen und die Ihnen gefällt, wenn sie jung, reich und hübsch ist, in ein We'vennest geraten. Alle stehen mit ihrem Mann auf dem Friedhof, alle gehen Zeilenwee, die vom Pfade ehelicher Treue weit abführen.

(Fortsetzung folgt.)

für die Tschechoslowakei zu verlangen. Das „Rube Probo“ schließt sich dieser Forderung an u. begründet dies mit der Notwendigkeit der Novellierung des Gesetzes über die Betriebsausschüsse sowie mit dem Hinweis auf die Ereignisse in Deutschland. — Die Einberufung eines allgemeinen Betriebskongresses würde der Arbeiterschaft der Tschechoslowakei keinen Nutzen bringen, sondern vielmehr Schaden und Verwirrung stiften. Die Kraft der Gewerkschaften in der Tschechoslowakei ist durch die wirtschaftliche Entwicklung und die Zerlegungstätigkeit der Kommunisten ohnehin geschwächt, die Schaffung irgend einer neuen Reichsinstitution würde die Kraft der Gewerkschaften noch mehr schwächen und könnte unter Umständen eine Divergenz in den Auffassungen aller gewerkschaftlichen Organisationen und eines Betriebskongresses herbeiführen. Die Gewerkschaften haben sich mit der Novellierung des Betriebsratsgesetzes befaßt und haben ihre Vorschläge der Regierung erstattet, so daß eine neuerliche Beratung nicht notwendig erscheint. — Im übrigen ist es eine allgemein gültige Erkenntnis in allen Ländern, daß die Betriebsräte nur in der engsten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften etwas leisten können. Dieser Auffassung hat auch die Vorstandskonferenz des deutschen Gewerkschaftsbundes feinerzeit Ausdruck gegeben.

Ueber die Sparkassen im Jahre 1921 veröffentlicht das Statistische Staatsamt in seinen „Mitteilungen“ Nr. 61 interessante Ergebnisse der Erhebung auf dem Gebiete des Geldwesens. Die Daten beziehen sich auf 371 Anstalten (von diesen zwei dem Regulator nicht unterliegend). Von den 369 dem Regulator unterliegenden Anstalten waren 194 tschechische und 175 deutsche Anstalten, die zum 31. Dez. 1921 im ganzen 6.927.156.000 Kronen Einlagen auf Einlagsbücheln und auf laufende Rechnung ausweisen (hievon tschechische 3.903.047.000 K., deutsche 3.024.109.000 K.). Die Gebahrung im Jahre 1921 endete bei 178 tschechischen Anstalten mit einem Gewinne von 24.014.000 K., bei 59 deutschen Anstalten mit 11.672.000 K. und mit einem Verlust bei 7 tschechischen Anstalten in der Höhe von 543.000 K. und bei 99 deutschen Anstalten in der Summe von 15.574.000 K. Außerdem wiesen neun tschechische und 17 deutsche Anstalten weder einen Gewinn noch einen Verlust aus.

Ueber die Arbeitsvermittlung im ersten Halbjahr 1922 bringt zahlreiche Daten die soeben erschienene Nummer 65 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“. Die zu Beginn des Jahres 1922 in Erscheinung tretende Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat selbstverständlich auch auf die mit der Arbeitsvermittlung sich befassenden Institutionen eingewirkt. Die Anzahl der bei allen Arten von Arbeitsvermittlungen sich gemeldeten Bewerber betrug im Jänner 1922 136.126, welche im Februar auf 146.997 stieg und im März mit 168.888 den Höhepunkt des ersten Halbjahres erreicht hatte. Diese letztere Zahl stift in den folgenden Monaten, u. zw. im April auf 151.863, im Mai auf 148.545 und endlich im Juni auf 135.168. Das Verhältnis der Anzahl der Bewerber zu den angemeldeten und besetzten Stellen zeigt, daß die Zahl der Bewerber die freien Stellen 2 bis 3,4mal, die besetzten Stellen 2,8 bis 6,2mal überstieg, so daß durchschnittlich nicht ganz ein Drittel der Bewerber untergebracht werden konnte. Der ungünstigste Stand war im Monate Februar, in welchem infolge Witterungseinflüssen und Verschlechterung der Situation in der Industrie nur ein Sechstel der Bewerber placiert werden konnten.

Herabsetzung der reichsdeutschen Eisenbahntarife? Wie wir erfahren, sollen die reichsdeutschen Eisenbahntarife demnächst um dreißig Prozent ihrer Goldbasis herabgesetzt werden. Wie verlautet, soll diese Herabsetzung nur für den deutschen Inlandverkehr, aber nicht für die Transitgüter gelten. Das letztere würde jedoch allen handelsrechtlichen Gewohnheiten widersprechen. — Eine Bestätigung der Nachricht bleibt abzuwarten.

Neue deutsche Währungspläne. Der Beschluß des deutschen Reichskabinetts, ein festes Mindestumrechnungsverhältnis zwischen einem wertbeständigen Wert und der Papiermark herzustellen, wird von den Sachverständigen, mit denen heute eingehende Besprechungen stattfanden, einmütig als praktisch durchführbar bezeichnet. Die Sachverständigen haben so bestimmte positive Vorschläge gemacht, daß die endgültige Beschlußfassung der Reichsregierung in kürzester Frist erfolgen kann. (Man kann auf das Ei des Kolumbus, welches die deutschen Sachverständigen gefunden haben wollen, neugierig sein. D. Red.)

Devisenkurse.

Prager Kurse am 5. November.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1307,00	1264,00
1 Billion Par.	2,40	2,60
100 belg. Francs . . .	174,25	175,75
100 schweiz. Franc . .	622,75	625,25
1 Pfund Sterling . . .	153,75(0)	157,25(0)
100 Lire	156,62(50)	158,12(50)
1 Dollar	34,5(0)	34,90(0)
100 franz. Francs . . .	292,75(0)	294,42(0)
100 Din.	41,00(0)	41,50(0)
10.000 maghar. Kronen	17,87(50)	19,87(50)
10.000 poln. Mar. . . .	2,75	2,75
10.000 österr. Kronen . .	4,63(0)	5,13(0)

Züricher Schlusskurse am 5. November.

	Geld	Ware
Paris	82,42(50)	85,55(0)
London	25,09(0)	25,12(0)
Berlin	0,0(0)	0,00(0)
Holland	24,95(0)	25,10(0)
Schweden	217,75(0)	218,25(0)
Wien	0,00(70)	0,0(70)
Budapest	0,0(0)	0,0(0)
Braun	16,42(50)	16,47(50)
New York	5,82(75)	5,83(25)
Beograd	6,50(0)	6,80(0)
Warschau	0,00(0)	0,00(0)

Die tschechische Krone notiert in:

Wien	Schw. Kronen 16,47(50)
Berlin	Mar. 12.500,000,000(00)
Wien	österr. Kr. 2080(00)

Kunst und Wissen.

Der lächle Schwimmer. (Schwanzpremiere von Arnold und Bach.) Es handelt sich hier um den schlichten Text eines nicht komponierten modernen Operettenmachwerkes. Wenn auch für die Firma nur zwei Autoren zeichnen, so ist um der Wahrheit willen festzustellen, daß für die Masse der platten Einfälle, aus denen das Stück zusammengeliefert ist, die ganze gegenwärtige G. m. b. H. für Vertiefung von Lustspielen und Operetten zur Rechenschaft zu ziehen wäre. Aber dem Kritiker wird die Mühe erspart, eine so banale Angelegenheit ernst zu nehmen, zumal ihm infolge der lauten Gewerkschaftsausbrüche des Publikums die „köstlichen“ Wortwörter entgingen. Was er sonst noch auf der Bühne zu hören und zu sehen bekam, war langweilig und ist den Lesern und Leserinnen von Courts-Mahler geläufig. Ein Beispiel genügt: Die Raibe ruft aus, als ihr auf Grund eines geschlechtlichen Zusammenhanges ihrer Hände mit dem Grunde ihres späteren Mannes zum erstenmal die Ahnung der eigenen kommenden Liebe aufblitz: „Eigentlich sehr unklug. Aber ein netter Kerl ist er doch!“ Dann macht der Held des Stückes auf dem Tische seines Heims theoretische Schwimmübungen, um den Glauben aufrecht zu halten, daß er ein ertrinkendes Mädchen aus den Fluten gerettet hat, die ihn deshalb zum Gatten erwählt hat. Er wird natürlich — ach, „eigentlich sehr unklug“ — entbeidet und träufelt sich mit der Mutter. — Herr „o man o“ hat nicht nötig, sich sehr anzustrengen. Seine bloße Gebärde erwidert Lachsalven. Er scheint, daß ihn diese Sorte von Publikum in seiner wahren Kunst bedrückt. Er rette sich vor ihm zu Molibre oder Neutron! Dasselbe gilt von H. Hörbiger. Das Theater war von jener „begeisterten“ Masse überfüllt, welche das gute Schauspiel sabotiert. o. k.

Gesellschaft Leopold Kramer: „Der Teufel“. Molnars Spiel „Der Teufel“ erscheint Sonntag wieder im Spielplan. Die Titelfrolle spielt Leopold Kramer.

Spielplan des neuen Theaters. Heute halb 8 Uhr „Bilharmonisches Konzert“; morgen Mittwoch „Madi“; Donnerstag „Die Fledermaus“; Freitag „Kühner Schwimmer“; Samstag 1. Bohnen-Gaspiel „Margarethe“.

Der Film.

Eröffnung des Urania-Kinos.

Sonntag, den 4. November fand vor geladenen Gästen die Eröffnung des Kinos des Prager Volksbildungsvereines Urania statt. Der Verein hatte früher mit einem in Prag bestehenden Kino eine Vereinbarung abgeschlossen, laut welcher dort deutsche Vorstellungen stattfinden konnten. Da jedoch die Prager tschechisch-nationalen Blätter gegen diese deutschen Vorstellungen Stellung nahmen und sie unmöglich machen, war die Urania gezwungen, ein eigenes Kino zu bauen, das in der überraschend schnellen Zeit von acht Wochen fertiggestellt worden ist. Die Vorstellung sollte schon um halb 11 Uhr beginnen, verzögerte sich aber um fast eine Stunde, da noch am Sonntag vormittags die letzte Hand angelegt werden mußte, damit die Eröffnung vor sich gehen konnte. Der zahlreich erschienenen Gäste bewährte sich das neue Kino als ein sehr gelungenes, aber die Besucher wurden durch das, was geboten wurde, reichlich enttäuscht. Aufgeführt wurde der Film „Wilhelm Tell“, der auf alle Anwesenden als künstlerisches Ereignis wirkte und sich von den landläufigen Filmen vorteilhaft unterscheidet. Die Handlung spielt in der herrlichen schweizer Landschaft, die Kostüme sind historisch treu, die Regie der Massenfiguren vorzüglich. Wenn die Urania ihr Kino

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt SÄRTNER & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Druckmaschinen, Lithographie, Verlag, Buchbinderei, neuartige Satz- und Gießmaschinen mit einer Kapitalleistung von 200.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 100.000 Zeitungen, Fernsprecher Nr. 271, Postfach Nr. 127, 463

in der Weise führen wird, wie es in der Eröffnungsvorstellung zu Tage getreten ist, wird sie sich um das Volkshilfswesen in Prag ein Verdienst erwerben. o. st.

Aus der Partei. Frauen-Reichskonferenz.

Das Frauenreichskomitee beruft im Einvernehmen mit dem Parteivorstand für Samstag, den 15. Dezember 1923 eine Frauen-Reichskonferenz ein. Die Beratungen beginnen pünktlich um 9 Uhr vormittags und finden in Ruffig a. d. Elbe im „Volkshaus“ statt. Tagesordnung: Konstituierung, Berichte: a) des Frauenreichskomitees (Referentin Genossin Abg. Blahn, Karlsbad), b) der „Sozialdemokrat“ (Referentin Genossin Gusti Burd, Karlsbad), unsere politischen Aufgaben (Referentin Genossin Abg. Maria Deutsch, Prag), Frauen- und Kinderforschung (Referentin Genossin Schäfer, Reichenberg), Proletarische Frauenkultur (Referent Genossin Dr. J. S. Stern, Teplitz), Wahlvorschläge für das Reichskomitee an den Parteitag und Allgemeine Konferenz sind alle Bezirks- und Kreisorganisationen durch je eine Delegierte, ferner die Mitglieder des Frauenreichskomitees und die weiblichen Abgeordneten. Jede Bezirksorganisation, die durchschnittlich pro Monat mehr als 1000 Frauenmarken umsetzt, hat das Recht, auf je weitere 1000 Mitglieder je eine Delegierte zu entsenden. Bruchteile über 500 gelten als voll. Der Parteivorstand, die Klubs der Abgeordneten und Senatoren entsenden je zwei Vertreter. Gäste sind willkommen. Die Anmeldung der Delegierten, die mit entsprechendem Mandat von ihrer Organisation ausgestattet sein müssen, hat bis längstens 10. Dezember an das Frauen-Reichskomitee, Prag, Habliczkastr. 32, zu erfolgen.

Bezirkskonferenz Wornsdorf. Die Konferenz, welche am 4. November stattfand, war von allen Organisationen besetzt. Der Bezirksvertrauensmann Gen. Eger erstattete einen ausführlichen Bericht über den Stand der einzelnen Lokalorganisationen und konnte feststellen, daß nun auch in jenen Orten, wo nach der Spaltung der Partei die Organisation ganz verschwunden war, der Wiederaufbau derselben beginnt. Die beste Veranlassungstätigkeit haben die Genossen des Kreisgebietes entfaltet. Alle Kräfte müssen eingesetzt werden, um eine bessere Verbreitung der Parteipresse zu erreichen, besonders der „Volkstimme“ und der „Freien Gemeinde“, des Organs für Gemeindepolitik. Die Abnehmerzahl des „Sozialdemokrat“ im Bezirke ist eine größere geworden. Bei den Gemeindevätern erhielt unsere Partei 5100 Stimmen, die kommunistische Partei 242. An die Berichte schloß sich eine längere ernst und sachlich geführte Debatte. Gen. Eger wurde bei der Renouvoi der Bezirksleitung einstimmig als Bezirksvertrauensmann wiedergewählt. Zum Parteitag werden die Genossin Marfjner und die Genossen Eger und Schönfelder delegiert. Genosse Goth referierte sodann über „Unsere nächsten Aufgaben“ und gab Weisungen, wie nunmehr an den Ausbau der Parteiorganisation und der Verbreitung der Presse gearbeitet werden müsse. Der Bildungsausschuß mußte sich alle befähigten Parteimitglieder weit mehr widmen als bisher, das Vortragswesen muß weit besser gepflegt werden. Ein von Gen. Goth gestellter Antrag: „Alle tauglichen Agitationsmittel einzusetzen um neue Parteimitglieder und Abonnenten für die Parteipresse zu gewinnen“ wird angenommen und Einzelbestimmungen über die Durchführung des Antrages beschlossen. Beschlüssen wird ferner, daß in allen Fragen der Gemeindepolitik gemeinsame Beratungen der

Fraaktionen mit den Lokalorganisationen stattfinden müssen. Die Konferenz war einig in der Ansicht, zur besseren Vebereitung der Parteitätigkeit und zur Beratung der Parteimitglieder ein Sekretariat zu errichten, und beauftragte einstimmig die Bezirksleitung, mit der Kreis- und Parteileitung die Forderung zu nehmen, um die ehestige Errichtung des Sekretariates zu ermöglichen. Mit ausmündlichen Worten zu neuer Arbeit in der Partei schloß der Vorsitzende Gen. Schönfelder sodann die würdig verlaufene Konferenz.

Jugendbewegung.

Kreis-Konferenz Wornsdorf. Die am letzten Sonntag in Wornsdorf stattgefundene Kreis-Konferenz der Kreisorganisation Wornsdorf des sozialistischen Jugendverbandes war sehr gut besucht. Nach Erstattung der Berichte sprach Jugendgenosse Paul Teplitz über „Zeitfragen und Arbeiterjugend“. Genosse Paul wies besonders darauf hin, daß die arbeitende Jugend heute wachsam sein müsse, da die Meister und Unternehmer durch den Ausfall der Gemeindevätern ermüdet, jetzt versuchen, die ohnedies großen Rechte der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge noch mehr zu schmälern. Nach der Wahl der Kreisvertreter sprach hierauf Genosse Marek über die Vorbereitungen in der anschließenden Debatte sprach unter anderem Genosse Bitter den Wunsch aus, daß Arbeiter-Liga, Vereine und Jugendorganisationen in innigem Kontakt stehen mögen. Zum Verbandstag der Jugendlichen wurden die Genossen Weber und Marek delegiert.

Turnen und Sport.

Fußball vom Sonntag. Prag: Slavia gegen Spielvereinigung Fürtch 4:2 (2:0). Fürtch kommt erst in der zweiten Halbzeit, beim Stande 4:0 für Slavia, in Schwung und kann dann oft die Slavia auf ihre Schwachstelle zurückdrängen. Ein Tor der Slavia resultierte aus einem Elfmeter. — DFC. Referent gegen Jagobor 4:1. Einwandfreier Sieg des DFC. — Sparta gegen Viktoria Weinberge 10:1; Meteor Weinberge gegen Ruselitz 3:1. — Witkowitz: DFC. Prag gegen DSB. Witkowitz 9:1 (3:0). Ligameisterschaft. DFC. Siegte wie er wollte, trotz einiger Ersatzleute. — Teplitz: Teplitzer FK. gegen Maffabi Brünn 2:2 (0:2). Beachtenswerter Erfolg der Teplitzer gegen die komplet anretenden Brüner, die nur in der ersten Halbzeit überlegen sein können und zwei Ueberraschungstore erzielen. — Brünn: Moravka Slavia gegen V. SK. 3:1 (2:1). — Olmütz: Gafsoh gegen Maffabi Brünn 2:0 (1:0). Maffabi wird von Gafsoh das erste mal, dafür einwandfrei geschlagen. Die Prögniker spielten äußerst roh. — Wien: K gegen Osmark 3:0; Rapid führt wieder in der Tabelle. Gafsoh gegen Sportklub 1:1, Vienna gegen Simmering 2:2, Amateure gegen Herba 3:1, Admira gegen Waff. 1:1. — Innsbruck: Österreich gegen Tirol 1:1. — Samburz: Deutschland gegen Norwegen 1:0. Das Resultat entspricht dem Spielverlauf. — Warschau: Pogon Lemberg gegen Wisla Krakau 2:1. Pogon wird dadurch Meister von Polen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

12 Photographien für K6 nur im Photo-Studio Prag, Saclovke nam. 15. 1872

Herausgeber: Dr. Ludwig Gsch und Karl Gernak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: C. Polta.

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Billiger Lesestoff

Vocacels, Amutige Geschichten. Räzner, Münchhausen. Sealsheid, Prätze am Jacinto. Streuwels, Der Arbeiter. Tschol, Goldschälungen. Preis gebd. je 3 Kronen. Buchverzeichnisse kostenlos.

Buchhandlung Freiheit Teplitz, Eadnan, Theresienstraße 18.

300%

Erstmaris gegenüber der Lederschle bietet **Palma** Kautschukabsatzschle

Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“